Donnerstag, 28. Juni 1923. Einzelnummer 300 Mark. 62. Jahrgang. Nr. 143.

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 9500.—
in den Ausgabestellen 9700.—
durch Zeitungsboten 10000.—
am Postamt ..... 10000.—
ins Ausland 15000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 300.— M. Reklameteil 1000.— M.

Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 300.— p. M. Reklameteil 1000.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Sejm.

In der Dienstagssitzung des Sejm wurde nach Überweisung einer Reihe von Gesetzen an die zuständigen Ausschüsse das Gesetz über die Forstabgabe in dritter Lesung angenommen.

Abg. Bitner von den Christlich-Demokraten berichtete dann über den Regierungsentwurf des Amnestiegesetzes: Das polnische Volk will in seiner Freude über die Festlegung seiner Grenzen allen Nationalitäten, die die Republik bewohnen, Sympathie erweisen, darf aber dabei nicht die Sicherheit des Staates vergessen. Sonst würde der Akt grenzenloser Barmherzigkeit auch zu einem Akt grenzenloser Naivität und Unvernunft werden. Es werden also alle Spione und Verräter ausgeschlossen, die sich mit fremden Staaten verständigten, um polnische Gebietsteile vom Reiche loszutrennen. Ferner konnte die Amnestie diejenigen aus nationalen Gründen begangenen Vergehen nicht betreffen, die mit Übertretungen der allgemeinen strafrechtlichen Bestimmungen verbunden waren (Eigentumsverbrechen, körperliche Schädigung, Tötung und dergl.). Daher fallen unter die Amnestie nicht Sabotage- und Terrorakte, die in Ostgalizien nicht auf dem Schlachtfelde, sondern im Kampfe mit wehrloser Zivilbevölkerung begangen wurden. Bezüglich der Verbrecher, die sich jetzt im Auslande befinden und die ein Staatsverbrechen begangen haben, wird dem Staatspräsidenten in jedem Einzelfalle das Begnadigungsrecht eingeräumt. Was die Vergehen auf ideologischer Grundlage betrifft, so hat es der Ausschuß als möglich betrachtet, daß Strafen erlassen werden können, die wegen Vergehen verhängt wurden, die aus politischen, religiösen, sozialen und sozialwirtschaftlichen Motiven flossen. Ausgeschlossen sind vollkommen die Kommunisten, denen gegenüber Polen nur die Grundsätze der Gerechtigkeit anwenden kann. Nur eine radikale Ausrottung des schädlichen Unkrauts kann die Zivilisation vor der Katastrophe und dem Siege derer schützen, die den Judas glorifizieren. Der Ausschuß hat die Amnestie auf die militärischen Vergehen ausgedehnt, da er den Standpunkt vertrat, daß der Staat die Ausdehnung seiner Grenzen hauptsächlich dem Militär verdankt. Ausgeschlossen wurden alle Fälle der Fahnenflucht und Attentate auf das Oberhaupt.

Abg. Szebeko vom Nationalen Volksverband bringt einige juristische Bedenken zur Sprache und beantragt Rückverweisung des Amnestieentwurfs an den Ausschuß.

Der Referent und der Justizminister Nowodworski erklären sich gegen den Antrag, der denn auch abgelehnt wird.

Abg. Podhorski weist nach, daß das Amnestiegesetz die Ukrainer ausschließt, und beantragt Streichung der entsprechenden Stellen des Art. 6.

Abg. Popiel unterstützt die Verbesserung der Minderheit, die dahin geht, daß das Gesetz die Zeit bis zum 11. Mai umfassen solle.

Abg. Hartglas ist gleichfalls gegen das Datum des 15. März, bis zu dem die Amnestie reichen soll.

Abg. Taraszkiewicz vom weißrussischen Klub erklärt, daß das weißrussische Volk in dem Entwurf keine Amnestie habe.

Abg. Pryłucki schlägt vor, daß das Gesetz auf Vergehen angewandt werden soll, die bis zum Tage der Veröffentlichung des Gesetzes begangen wurden.

Abg. Lutosławski vom Nationalen Volksverband erklärt: „Ich weiß nicht, zu welchem Zweck die vorige Regierung eine Amnestie in Vorschlag gebracht hat. Ich habe den Eindruck, daß es sich um ein Mißverständnis handelt. Die Amnestie stammt aus Zeiten des Kampfes absolutistischer Regierungen mit Unterdrückten und ist heute in einer demokratischen Gesellschaft undenkbar. Eine Amnestie für Leute, die die Gesetze der Menschlichkeit gegenüber dem Feinde nicht beachtet haben, wäre eine Verspottung der Gerechtigkeit. Kommunisten sehen wir nicht als Vertreter einer Idee, sondern als gewöhnliche Verbrecher an. Kommunistische Bewegungen unter weißrussischem oder ukrainischem Deckmantel sind nicht nationale Bewegungen. Der Entwurf des Ausschusses befriedigt uns selbst nach Einführung einiger Verbesserungen noch nicht, und wir wünschen, daß die Amnestie in engeren Rahmen gefaßt wird."

Abg. Rudziński von der Wyzwolenie-Gruppe verteidigt die Minderheiten.

Darauf wurde die Aussprache über das Amnestiegesetz unterbrochen und wird in der Mittwochsitzung des Sejm fortgesetzt werden.

Polen und Rumänien.

Festreden des Staatspräsidenten Wojciechowski und des Königs Ferdinand.

Auf dem am Montag zu Ehren des rumänischen Königspaares im Warschauer Schloß gegebenen Essen brachte der Staatspräsident folgenden Trinkspruch aus: „Ich bin glücklich, daß ich Seine Königliche Hoheit, den König, und Ihre Königliche Hoheit, die Königin, die der polnischen Hauptstadt ihren Besuch abstatten begrüßen kann. Ich will zugleich die Gefühle der Freundschaft zum Ausdruck bringen, die unser ganzes Volk für Ihr ruhmreiches Land hegt. Diese Gefühle sind in der aufrichtigen Huldigung, die die Bevölkerung Warschaus dargebracht hat, in die Erscheinung getreten. Die Bande, die Polen und Rumänien verbinden, beruhen nicht allein auf der tiefen Freundschaft zwischen zwei verbündeten Nationen, sondern sie sind durch enge Gemeinsamkeit der Bestrebungen und Interessen geschaffen, die, alle Meinungsverschiedenheiten ausschließend, beiden Ländern den Weg weisen, der sie zur Verwirklichung des gemeinsamen Ideals führen soll. Das polnisch-rumänische Bündnis bildet eine feste Grundlage für die Zusammenarbeit, die den Zweck verfolgt, den mit so schweren Opfern erkauften Frieden zu erhalten, und die bestehenden Verträge, die aus ihnen fließenden Vorteile und die durch sie bedeutete hohe Botschaft zu verwirklichen. Ich leere mein Glas auf das Wohl Seiner Königlichen Hoheit des Königs Ferdinand, Ihrer Königlichen Hoheit der Königin Marie und Ihres Hohen Hauses und auf die Größe und das Gedeihen Rumäniens!"

Auf den Toast des Staatspräsidenten antwortete König Ferdinand in französischer Sprache. Er sagte:

Herr Präsident! Glücklich bin ich, daß ich in dieser prächtigen und trefflichen Hauptstadt in meinem Namen, im Namen der Königin und im Namen meines ganzen Volkes die Gefühle aufrichtiger und tiefer Freundschaft zum Ausdruck bringen kann, die uns mit dem edlen polnischen Volke verbinden. Unsere beiden Nationen haben in ihrer heldenhaften Vergangenheit tragische Prüfungen durchgemacht, die aber schließlich vom Triumph gekrönt wurde, da ihre Sache, die Sache der Zivilisation, der Freiheit und Gerechtigkeit war. Und heute, nach den ungeheuren Wehen des Weltkrieges, aus dem sie siegreich hervorgegangen sind, haben sie die gleiche Mission zu erfüllen: den Frieden dauerhaft zu machen, um es Europa zu erleichtern, das Werk des Fortschritts, der Zivilisation und Aufklärung von neuem aufzunehmen und zu entfalten. Unser Bündnis, das sich auf die Gefühle beider Nationen und auf ihre ständigen Interessen stützt, entspricht dieser großen und mächtigen europäischen Notwendigkeit. Die mühevolle Arbeit, mit der wir dadurch belastet sind, erfordert Sicherheit. Zu deren Befestigung hat in großem Maße die Manifestierung unseres Bündnisses beigetragen. Deshalb habe ich die mir gebotene Gelegenheit benutzt, um zu Ihnen zu kommen und Ihnen auf dem Boden des wiedererstandenen Polens die unwandelbare Freundschaft des rumänischen Volkes sowie die heißen Wünsche des Gedeihens für das ruhmvolle und edle polnische Volk zum Ausdruck zu bringen. Von dem sympathischen Empfang, den uns das polnische Volk auf dem ganzen Wege bereitet hat, von dem Empfang der Hauptstadt tief gerührt, wollen wir der Bevölkerung durch Ihre Vermittlung von ganzem Herzen danken. Im Namen dieser Empfindungen leere ich mein Glas für die Größe Polens, unserer Freundin und Verbündeten, und auf Ihr Wohl, Herr Präsident, sowie auf das Wohl der Frau Präsidenten."

Der polnisch-rumänische Bündnisvertrag

hat folgenden Wortlaut:

Artikel 1. Polen und Rumänien verpflichten sich, einander Hilfe zu leisten, falls eines dieser Länder, ohne hierzu Veranlassung gegeben zu haben, angegriffen wird, und zwar in den gegenwärtigen Ostgrenzen. Sollte also einer der beiden Staaten, ohne Veranlassung hierzu gegeben zu haben, angegriffen werden, so wird sich der zweite Staat als im Kriegszustande befindlich betrachten und dem angegriffenen Staat bewaffnete Hilfe leisten.

Artikel 2. Zur Erhaltung des Friedens verpflichten sich beide Regierungen, sich in Fragen der äußeren Politik, die ihr Verhältnis zu den östlichen Nachbarn betreffen, zu verständigen.

Artikel 3. Eine Militärkonvention wird die Art festlegen, in der beide Länder sich im gegebenen Falle Hilfe leisten werden. Diese Konvention wird denselben Bedingungen unterliegen, wie die gegenwärtige Konvention in bezug auf die Dauer und die evtl. Kündigung.

Artikel 4. Sollten sich trotz ihrer friedlichen Absichten beide Staaten im Kriegszustande befinden, so verpflichten sie sich, nicht allein mit dem Feinde zu verhandeln, und auch nicht allein einen Waffenstillstand oder Frieden zu schließen.

Art. 5. Die Dauer dieser Konvention wird auf fünf Jahre festgesetzt, beginnend mit dem Tage ihrer Unterzeichnung, doch jede der beiden Regierungen kann sie nach zwei Jahren kündigen, mit einer sechsmonatigen Kündigungsfrist.

Artikel 6. Keine der beiden Regierungen darf ein Bündnis mit einer dritten Macht schließen, ohne sich mit der anderen zuvor ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Ausgeschlossen von dieser Bestimmung sind Bündnisse, die bereits durch Polen und Rumänien unterzeichnet wurden und die Innehaltung von Traktaten zum Ziele haben. Diese Bündnisse müssen jedoch zur Kenntnis gebracht werden. Die polnische Regierung erklärt, daß sie die Abkommen Rumäniens mit anderen Staaten kennt, die in Trianon und Neuilly abgeschlossen wurden, Abkommen, die evtl. in Bündnisse umgewandelt werden können. Die rumänische Regierung erklärt, daß sie die Abkommen Polens mit Frankreich kennt.

Artikel 7. Diese Konvention wird dem Völkerbundrat, entsprechend dem Versailler Traktat, zur Kenntnis gebracht.

Artikel 8. Diese Konvention wird ratifiziert.

Was der rumänische Außenminister über die polnisch-rumänischen Beziehungen sagt.

Der rumänische Außenminister äußerte sich Warschauer Pressevertretern gegenüber folgendermaßen über die polnisch-rumänischen Beziehungen:

„Der glänzende und herzliche Empfang, der dem Königspaar in Polen bereitet wurde, hat in Rumänien großen Eindruck gemacht. Rumänien wird in diesem Empfang nicht nur einen dem ersten das wiedererstandene Polen besuchenden Monarchen dargebrachte Huldigung sehen, sondern auch einen neuen Beweis der tiefen Freundschaft, die beide Nationen verbindet. Gern gebrauche ich hier das Wort: „tief", weil ich die Überzeugung habe, die auch alle polnischen Staatsmänner teilen, daß die Freundschaft zwischen Polen und Rumänien nicht das Ergebnis vorübergehender Kombinationen ist, sondern der Ausdruck der Interessen beider Nationen. Man kann auch wirklich, wenn man die allgemeine politische Lage überschaut, keine entgegengesetzten Interessen zwischen Polen und Rumänien finden. Im Gegenteil, bei jedem Schritt stellt man nur gemeinsame Interessen fest. Polen wie Rumänien wünschen vor allem den Frieden, weil sie wissen, daß ihnen nur der Friede gestattet, die innere Konsolidierung zu vollenden und die Wunden zu heilen, die uns in der Vergangenheit tragische Erlebnisse zufügten, und daß nur der Friede gestattet, unsere Zivilisationsaufgabe zu erfüllen, die uns die Zukunft mit Rücksicht auf unsere geographische Lage und die Eigenheiten beider Nationen auferlegt. Je häufiger die Manifestationen unseres Bündnisses sein werden, desto besser und klarer wird sein friedlicher und zivilisatorischer Charakter in den Augen der ganzen Welt zur Geltung kommen.

In den Unterredungen mit Minister Seyda hatte ich keine besonderen Angelegenheiten zu besprechen. Wir haben unsere Meinungen über einzelne Tagesfragen ausgetauscht.

Zum Schluß kann ich Ihnen erklären, daß wir in Rumänien die von Polen im Laufe der vier Jahre für die innere Konsolidierung gemachten Anstrengungen hoch einschätzen. Auch die prächtigen Resultate, die Polen auf verschiedenen Gebieten erzielte. Wir schätzen die Arbeit an der inneren Konsolidierung höher als irgend etwas anderes, weil wir nach dem Kriege selbst fast dieselben Probleme zu lösen hatten und, was daraus folgt, alle ihre Schwierigkeiten kennen."

Sowjetrußland und Europa.

Vor einigen Tagen wurden in Moskau die Ratifikationsurkunden zu dem zwischen Dänemark und Räterußland Ende April d. J. abgeschlossenen und am 8. Juni vom dänischen Reichstag vollzogenen Handelsvertrage ausgetauscht. Damit reiht sich Dänemark denjenigen Staaten ein, die die Sowjetregierung de facto anerkennen.

Der Ratifikationsbeschluß des dänischen Reichstages erfolgte mit allen gegen die Stimmen der Konservativen, die trotz dem bestehenden Arbeitsbündnis mit der regierenden Agrarpartei dieser, vor allem offenbar unter dem Eindruck der englisch-russischen Spannung, diesmal die Gefolgschaft versagten. Für die Ratifikation sprachen sich, abgesehen von den Parteien, die Organisationen von Handel, Industrie, Schiffahrt und Landwirtschaft aus, und die konservative Partei geriet so in Widerspruch zu den einflußreichen Elementen in ihr, die jenen Organisationen nahestehen. Sie stimmte für Vertagung der Entscheidung und neue Verhandlungen mit den Sowjets zur Erzielung eines günstigen Abkommens.

Vor zwei Jahren, als in Stockholm über einen dänisch-russischen Handelsvertrag verhandelt wurde, überwog unter den Konservativen das dringende Verlangen nach dem Abschluß eines solchen, wie er jetzt verwirklicht wurde. Damals wie jetzt gab den Ton innerhalb der Opposition hiergegen Harald Scavenius an, der 1921 Außenminister war. Anläßlich der Landmansbank-Krise im vorigen Jahre opferte ihn Staatsminister Neergaard, wohl hauptsächlich wegen seines Antisowjetstandpunktes, um die Industriekreise der Politik der Regierung willfähriger zu stimmen, u. a. um sie über die Nichterfüllung ihrer der Landwirtschaft nicht genehmen Wünsche nach einer weitgehenden Importregulierung zu trösten.

1921 folgte das Kabinett in seiner Haltung gegenüber Räterußland eben der Führung des damaligen Außenministers, der einst als Gesandter in Petersburg den Zusammenbruch des zaristischen Rußland und die Anfänge des Kommunismus erlebt hatte. Über zwei Hauptpunkte konnte keine Einigung mit den russischen Unterhändlern herbeigeführt werden: über die dänischen Forderungen und Ersatzansprüche aus früherer Zeit und über die Anerkennung der bolschewistischen Vertretung in Kopenhagen als der einzigen offiziellen russischen Vertretung. Die letztere Forderung der Russen wurde abgelehnt; es gab damals noch eine diplomatische Vertretung des alten russischen Reiches in Kopenhagen, die z. B. Pässe ausstellte und auch an den Empfängen des diplomatischen Korps bei Hofe teilnahm. Seit dem vorigen Herbst besteht sie nicht mehr.

In dem jetzt von Neergaard und seinem Außenminister Cold abgeschlossenen Handelsvertrage bewilligt Dänemark der Sowjetvertretung diplomatische Befugnisse und Rechte. Daß die Regierung Neergaard sich darin jetzt ferner damit einverstanden erklärt hat, daß die Frage der Forderungen vorläufig ungelöst bleiben kann, beweist ihren Eifer, die Wünsche von Handel und Industrie zu erfüllen. Zur Begründung ihres Meinungswechsels führt sie an, daß die neue russische Wirtschaftspolitik sich stabilisiert habe, daß Dänemark, auch wenn gegenwärtig keine ins Auge fallende Vorteile von dem Vertrage zu erwarten seien, sich mit anderen Staaten zur späteren Ausnutzung der Reichtümer Rußlands bereithalten müsse. Es müsse sich außerdem mit daran beteiligen, die russische Wirtschaft wieder aufrichten zu helfen, zum Wohle ganz Europas. Als praktische Ergebnisse, die bei den diesjährigen Verhandlungen erzielt worden seien, wird von seiten der Regierung die Erlangung des Meistbegünstigungsrechtes hervorgehoben. Dänemark erhalte automatisch bessere Handelsbedingungen wenn für andere Länder bessere Bedingungen geschaffen würden.

Die Bestimmungen des Vertrages gleichen denjenigen in den Abkommen, die Sowjetrußland mit anderen Ländern, bei de facto-Anerkennung, abgeschlossen hat. Dieselben Rechte, wie die Länder sie haben, die die Räterepublik de jure anerkannt haben, kann Dänemark erreichen, wenn es dieser die gleichen Zugeständnisse macht. Freier Transit von Waren von und nach dem andern Lande ist zu den gleichen Bedingungen gestattet wie von und nach jedem anderen Lande. Der private Post- und Telegrammverkehr wird wieder eingeführt.

Zu dem Propagandaparagraphen des Vertrages bemerkt die „Nationaltidende", daß mit Bestimmtheit anzunehmen sei, daß die zu erwartende Bolschewistenvertretung kommunistische Propaganda treiben werde, und die beiden kommunistischen Wochenblätter in Kopenhagen, die bisher ein Schattendasein führten, werfen

sich in der Vorahnung besserer Zeiten in die Brust. Als Leiter der russischen Delegation, der nach dem Vertrage Gesandtenrechte genießt, wurde zunächst der Berliner Vertreter der Sowjetrepublik Kreschtinsky genannt, jetzt, nachdem dieser das Gerücht entschieden dementiert hat, u. a. Kobetski.

Das Zustandekommen des Vertrages zwischen Rußland und Dänemark geht nicht nur diese beiden Staaten an. Es bedeutet für Sowjetrußland einen neuen Erfolg, eine Festigung seiner Stellung in Europa. Ob diese Entwickelung für Europa einen Gewinn bedeutet, werden erst die praktischen Folgen des Vertrages zeigen.

*

Rußlands Handel mit Polen.

Aus Moskau wurde am 24. Juni gemeldet: An der polnisch-russischen Grenze wird ein Warentransport aus Polen erwartet. Die ersten Waggons trafen bereits ein und enthielten chemische Produkte und Blechwaren, wie Naphthalampen usw.

Neue Optionsfrist für die Polen in Rußland.

Infolge der Bemühungen der polnischen Gesandtschaft in Moskau hat sich das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten mit der neuen Festsetzung einer Optionsfrist zugunsten Polens einverstanden erklärt. Obige Frist ist für die Zeit vom 1. August bis 1. Oktober anberaumt worden. Die während dieser Zeit begonnenen Angelegenheiten werden weiterhin auf dem gewöhnlichen Wege erledigt werden.

Tschitscherin über Rußland und Polen.

Die „Gazeta Warszawska" beschäftigt sich in einem Leitartikel „Polen und Rußland" mit den letzten Auslassungen Tschitscherins gegenüber einem Korrespondenten des „Manchester Guardian". Tschitscherin erklärte damals u. a., daß es im Interesse Polens und Rußlands liegen würde, wenn sich der Ministerpräsident Witos dazu verpflichtete, die Hindernisse zu beseitigen, die bis dahin eine frühzeitige und loyale Realisierung der Bestimmungen des Rigaer Vertrages nicht gestatteten. Die „Gazeta Warszawska" erklärt diese Feststellung als gewöhnliche Phrase und warnt Tschitscherin zugleich vor der Täuschung, daß man darauf rechnen könne, daß die polnische Regierung, die gegenüber Rußland eine Politik des Friedens und des Interesses führt, auf irgendwelche ihr kraft des Vertrages zustehenden Berechtigungen verzichten könnte. Die polnische Meinung erwarte die Erfüllung der brach liegenden Klauseln.

Rußland und Japan.

Nach einer Meldung des „Daily Expreß" ist dem Vertreter der Sowjetregierung von Moskau offiziell die Befugnis erteilt, als Bevollmächtigter auf der russisch-japanischen Präliminarkonferenz aufzutreten. Wie das japanische Außenministerium erklärt, werden die Vorbesprechungen in nächster Woche beginnen. Schwierigkeiten werde die Regelung der Nikolajewsk-Angelegenheit und der russischen Kriegsschulden bereiten. In beiden Fällen werde sich nach einem Ausspruch Gotos Japan zunächst nicht festlegen. Die japanische Presse fordert eine Anerkennung der Sowjetregierung.

Beschlagnahme von drei amerikanischen Schiffen auf Alaska.

Die „Times" berichten aus Neuyork, daß die Sowjetbehörden drei amerikanische Handelsschiffe für die Verletzung der russischen Handelsvorschriften konfisziert haben. Die Dampfer sind zurzeit in der Beringstraße stationiert, von wo aus ihre Führer sich an die amerikanische Regierung mit der Bitte um Hilfe gewandt haben. In Washingtoner Kreisen herrscht jedoch die Überzeugung, daß die amerikanische Regierung nicht intervenieren werde, da sie die Besitzer der Handelsschiffe wiederholt vor dem Einlaufen in die nordrussischen Gewässer gewarnt und hervorgehoben hat, daß sie die volle Verantwortung für die Nichtbeachtung dieser Warnungen auf die Besitzer lege.

Die Kämpfe im Fernen Osten.

Die Blätter berichten aus Tschita, daß die bolschewistischen Abteilungen Ochotsk besetzt und die Reste der weißen Truppen von dort vertrieben haben. Der Befehlshaber dieser Truppen, General Rakilin, hat sich nach der Besetzung von Ochotsk durch die Bolschewisten erschossen.

Die Baumwollernte in Rußland.

Nach den letzten Meldungen der Sowjetpresse stellt sich die Baumwollernte in Turkestan im laufenden Jahre sehr gut dar. Besät sind 150 000 Dessjatinen, was im Verhältnis zu den 45 000 des Vorjahres einen großen Fortschritt bedeutet. Außerdem hofft man in diesem Jahre auf eine gute Ernte, wodurch die Baumwollpreise erniedrigt würden. In der sogenannten „Hungrigen-Steppe" beabsichtigen die Behörden Baumwollplantagen einzurichten. Um die Konzessionen bemühen sich deutsche Firmen.

Der Hunger.

Trotz der optimistischen Berechnung ist das Ackerbaukommissariat gezwungen, bekanntzugeben, daß bei dem gegenwärtigen Stand der Aussaat die künftige Ernte nicht als befriedigend angesehen werden darf. Im besten Falle wird die Ernte 80 Prozent des Bedarfs decken.

Tichon rechtfertigt sich.

Der Patriarch Tichon wandte sich an die Prokuratur der Republik mit einer amtlichen Erklärung, in der er seine gegenrevolutionäre Tätigkeit ableugnet und ausführt, daß er nur ein Werkzeug in den Händen der Monarchisten war, die für alles verantwortlich sind. Er gibt an, daß er von jetzt ab einen loyalen Standpunkt den Sowjets gegenüber einnehmen werde, und er bittet um Berücksichtigung des oben Angeführten beim Prozeß.

Von der dritten Internationale.

Die Plenarberatungen des Vollzugskomitees der dritten Internationale sind mit der Wahl des Präsidiums zum Abschluß gekommen. Gewählt wurden: Sinowiew, Klara Zetkin, Terrasini, Bucharin, Radek, Kolarow, Kanta-Jama, Neirad, Suworin und Schatkin. Es wurde u. a. beschlossen, in jedem Lande antifaszistische Abteilungen zu organisieren.

In Sachen der Religion wurde festgestellt, daß die Ansicht über sie als über eine Privatsache nur in Bourgeoisstaaten zulässig sei. Unter den Kommunisten müsse die Religion ein- für allemal abgeschafft werden.

Republik Polen.

Die Abreise des rumänischen Königspaares.

In der Nacht von Dienstag zum Mittwoch versammelten sich auf dem Warschauer Hauptbahnhofe Vertreter der Militär- und Zivilbehörden, zum Abschied des abreisenden rumänischen Königspaares. In einem Pavillon wurden die Gäste vom Kabinett mit dem Ministerpräsidenten Witos an der Spitze, vom Sejmmarschall Rataj und der Generalität verabschiedet. Nach feierlicher Verabschiedung trat das Königspaar mit dem Staatspräsidenten und dessen Gemahlin in Begleitung des Gefolges auf den Bahnsteig. Eine Abteilung des 30. Infanterieregiments präsentierte, und eine Militärkapelle spielte die Nationalhymne. König Ferdinand schritt die Front der Ehrenkompagnie ab, um sich dann vom Staatspräsidenten herzlich zu verabschieden. Bald darauf setzte sich der Sonderzug unter Hochrufen in Bewegung.

Bezahlung amerikanischer Lokomotiven.

Die am 1. Juli fällige Rate für die seinerzeit Polen von der amerikanischen Firma Baldwin u. Co. gelieferten Lokomotiven ist von der polnischen Regierung dieser Tage gezahlt worden.

Die Staatsmonopole.

Der Ertrag aus den Staatsmonopolen betrug im Mai **46 Milliarden.** Im April waren es 13½ Milliarden. Das **Tabaksmonopol** brachte im Mai **36 Milliarden** ein, gegen 6 Milliarden im Vormonat. Die **Salzsteuer** warf **10 Milliarden** ab, im April 3½ Milliarden. Bei den **Zöllen** stehen sich die Ziffern **45 Milliarden** für Mai und 22 Milliarden für April gegenüber.

Ermäßigung der Telegrammgebühren.

Wie „Nasz Przegląd" erfährt, wurde infolge des Sinkens der ausländischen Valuta der Tarif für Auslandstelegramme um ein Drittel ermäßigt. Danach kostet ein Wort nach Deutschland statt 5400 M. nur 3600 M.

Verbot einer russischen Zeitung.

Die Verbreitung der in Helsingfors erscheinenden russischen Tageszeitung „Rußkija Wiesti" ist in Polen verboten worden, da das Blatt falsche Nachrichten über den polnischen Staat gebracht haben soll.

Die Erhebung der polnischen Konsulatsgebühren in Deutschland.

Das Außenministerium hat in Sachen der Erhöhung des sogenannten fiktiven Multiplikators bei der Erhebung der Konsulatsgebühren durch die polnischen Vertreter in Deutschland eine Verordnung erlassen, wonach bezüglich der polnischen Staatsangehörigen der fiktive Multiplikator von 0,5, bei den fremden Staatsangehörigen dagegen der Multiplikator 1 in Anwendung kommt.

Aus der polnischen Presse.

Polen und die Reparationen.

Die „Nowa Reforma" befaßt sich mit der deutschen Reparationsfrage und stellt fest, daß diese Frage sofort nach Abschluß des Versailler Vertrages in voller Schärfe hervorgetreten sei. Der Versailler Vertrag war ein klarer diplomatischer Akt und ist nur dank den Bemühungen Lloyd Georges zu einem zweischneidigen Schwert geworden, welches unaufhörlich Frankreich und Belgien verstümmelt, anstatt auf dem besiegten Preußen zu lasten. Die Reparationsfrage erwies sich in jeder Angelegenheit als eine bleierne Kugel an den Füßen Frankreichs, die seine Bewegungen hemmte. Darunter hat nicht nur Frankreich, sondern auch die ihm anvertrauten Staaten gelitten. Die Geschichte Polens seit 1918 ist in Beweis dafür, daß Lloyd George oder Nitti oder andere Faktoren das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich benützen, um alles das zu zerstören, was Frankreich für sich und uns aufbaute. Wenn die oberschlesischen und Danziger sowie andere Fragen in einer für uns ungünstigen Weise gelöst wurden, so verdanken wir dies einzig dem Umstande, daß die Reparationsfrage und die Frage der Garantien für Frankreich und in der Folge auch gegen Polen ausgebeutet wurden. Lloyd George wollte die Lage Frankreichs nicht berücksichtigen und erst Bonar Law und Nachfolger haben die Orientierung geändert. Die Reparationsfrage ist endlich vom toten Punkt gerückt und geht ihrer Lösung entgegen. Dies liegt sowohl im Interesse Frankreichs wie auch des übrigen Europas, und wenn die Deutschen noch Widerstand leisten, so müssen die Alliierten eben Mittel anwenden, um sie zum Gehorsam zu zwingen.

Eine Klarstellung.

Der Bromberger „Dtsch. Rundschau" wird von einem Grundbesitzer in der deutschen Provinz Grenzmark geschrieben:

„Wie ich aus deutschen Kreisen des abgetretenen Gebiets erfahren habe, berufen sich amtliche polnische Stellen zur Rechtfertigung ihres scharfen Vorgehens gegen deutschen Grundbesitz in Polen neuerdings darauf, daß von deutscher Seite gegen polnischen Besitz in Deutschland in gleicher Weise verfahren werde.

Da es sich hierbei um einen Fall aus der Provinz Grenzmark handelt, gestatte ich mir, Ew. Hochwohlgeboren die näheren Umstände mitzuteilen, damit unrichtigen polnischen Behauptungen entgegengetreten werden kann.

Das in Rede stehende Gut Kupfermühle im Kreise Meseritz gehörte seit längeren Jahren einem Gutsbesitzer Michalski, der polnische Nationalität besitzt. Der Besitzer selbst ist alt, sein einziger Sohn geistig zurückgeblieben. Die Bewirtschaftung des Gutes ließ schon lange viel zu wünschen übrig. Während des Krieges war sie immer weiter zurückgegangen, so daß die Gebäude vollkommen verfielen und mehr als die Hälfte des Landes unbestellt blieb. Das Gut stellte den krassesten Fall von schlechter Bewirtschaftung in den Grenzmarkkreisen dar und wurde deshalb gemäß den Bestimmungen des Reichssiedelungsgesetzes für die Besiedelung in Anspruch genommen. Der Eigentümer zeigte sich auch zum Verkauf bereit, stellte aber Forderungen, die in Anbetracht des verwahrlosten Zustandes von Gebäuden und Inventar zu hoch erschienen. Es wurde deshalb das Enteignungsverfahren eingeleitet und die Enteignung unter vorläufiger Festsetzung der Entschädigung auf 10 Millionen Mark ausgesprochen. Über die Höhe der Enteignungssumme, die allerdings durch die inzwischen fortgeschrittene Geldentwertung erheblich überholt worden ist, schwebt zurzeit noch das Verfahren in der Beschwerdeinstanz. Es ist auf eine bedeutende Erhöhung der Summe zu rechnen.

Wenn durch Enteignung der Eigentümer auch empfindlich betroffen wird, so befindet er sich doch in der gleichen Lage wie zahlreiche Grundbesitzer mit deutscher Nationalität. Wie wenig es sich um die Ausnahmebehandlung eines Polen handelt, geht daraus hervor, daß diesem einen Grundstück von kaum 300 Hektar etwa **40 000 Hektar gegenüberstehen, die auf Grund derselben Gesetzesbestimmung deutschstämmigen Eigentümern unter gleichartigen Bedingungen enteignet sind.**

Übrigens hat inzwischen auf Veranlassung des Michalski die polnische Regierung auf diplomatischem Wege gegen die Enteignung Einspruch mit der Begründung eingelegt, daß das Vorgehen der deutschen Behörde gegen die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages verstoße. Das Ergebnis dieses Schrittes, der einstweilen zu einer Sistierung des Besiedelungsverfahrens geführt hat, bleibt abzuwarten."

Der sterbende Wald.

Roman von Heinz Alfred v. Byern.

(6. Fortsetzung.)

„Meinetwegen," Graf Dassel lachte in dröhnendem Baß: „Aber dazu gehört ein guter Tropfen, das heißt, ich darf nicht mittun, von wegen Podagra und Zipperlein, sonst kommt mir Lohmeier auf den Kopf und die Annemieze zieht 'nen Flunsch. Na ja, Mädel, es ist doch so, dann sorge nun mal für eine Pulle Chablis und 'n paar belegte Brötchen, inzwischen stecken wir uns 'nen Tabak an — bitte, Redern, die Kisten stehen gleich links auf dem Regal, bedienen Sie sich und geben Sie mir auch 'nen Glimmstengel." Der alte Herr war in glänzender Laune, wie immer, wenn er Besuch hatte. „Aber mächtig abgekommen sehen Sie aus — na ja, viereinhalb Jahre Landsknechtsleben und dann hier einen Sack voll Arbeit — verdamm' mich noch einmal, es ist doch eine Schweinerei, wohin es mit uns gekommen ist!"

Jetzt, wo Marianne das Zimmer verlassen hatte, tat der Clanitzer seinen Gefühlen keinen Zwang mehr an und wetterte in allen Tonarten auf die neue Zeit, wobei er Gelegenheit fand, seinen reichen Schatz an reiterlichen Kernflüchen anzubringen. „Sehen Sie!" der alte Herr legte vertraulich seine Hand auf Hassos Arm, „da sitzt man nun auf seiner Klitsche und weiß nicht, ob einem morgen der ganze Krempel noch gehört. Die zwölfhundert Morgen unterm Pflug habe ich ja verpachtet, aber für 'nen Pappenstiel, denn was sind denn heutzutage dreißigtausend Mark, wenn man mehr als zwei Drittel für Hypothekenzinsen und Steuern abgeben muß, gar nicht zu reden von der Vermögensabgabe, den Unterhaltungskosten, den enormen Löhnen für die Dienerschaft, und was sich so zusammenläppert. Hieße ich Müller oder Schulze, dann wäre mir das schließlich ganz egal. Nu' bin ich doch aber mal der Graf Dassel und habe Verpflichtungen — Himmelschockschwerenot, da kann ich einfach nich' bloß Brot fressen und Wasser saufen — un' für mein Mädel soll doch auch mal gesorgt sein, wenn ich die Augen zumache!"

Hasso hatte artig zugehört. „Sie sehen wohl etwas zu schwarz, Herr Graf; soviel ich weiß, gehörten ja zu Clanitz noch sechstausend Morgen Wald, von denen die Hälfte schlagbar ist."

Der alte Herr tat einen schnaufenden Atemzug. „War Verehrtester! War! Seit wir die Nonne und im Winter sechzehn-siebzehn den Schneebruch hatten, heißt es „Im Grunewald, im Grunewald ist Holzauktion," und da ich keine Arbeiter zum Aufholzen, keine Gespanne zum Abfahren habe, mußte ich den ganzen Krempel auf dem Stamm verkaufen, da ist von Verdienst keine Rede." Graf Dassel brach ab, als Marianne, gefolgt von dem Diener, der ein Tablett mit Butterschnitten, Wein und Gläsern trug, eintrat.

Das junge Mädchen hatte ein schlichtes, weißes Wollkleid, dessen einzigen Schmuck eine im Gürtel befestigte La France-Rose bildete, angezogen. „Aha, ich sehe schon, Väterchen hat einen ganz roten Kopf, gewiß hat er Ihnen seine wirtschaftlichen Nöte geklagt, das ist ja heutzutage das Hauptthema, und wenn man alles für bare Münze nehmen wollte, dann müßten wir längst verhungert sein."

„Nach der Frühstücksplatte zu schließen, hat es damit allerdings noch gute Wege," entgegnete Hasso lächelnd. „So opulent lebe ich in Rhena freilich nicht!"

Der alte Herr legte seine Zigarre in den Aschbecher. „Ein Grund mehr, daß Sie ordentlich zulangen, und genötigt wird nicht in Clanitz; so, Kleine, nu' schänke Redern erst mal ein — also Pröstchen, bei mir müssen Sie schon den guten Willen für die Tat nehmen."

Hasso blickte sich in dem hohen, hellen Zimmer um. Wie nett und gemütlich hier alles war, so ganz anders als bei ihm daheim, wo niemand für ein bißchen Behaglichkeit sorgte! An den Wänden hingen auf der weinroten Tapete Pferdebilder und Reitjagdszenen in weißen, schlichten Empirerahmen, ein dichter, weicher Perserteppich bedeckte den Fußboden, und die tiefen lederbezogenen Klubsessel gaben dem Ganzen etwas Anheimelndes, Ruhiges. Von den drei hohen, geöffneten Fenstern aus konnte man einen großen Teil des alten Parkes mit einem malerischen, aus Tritonen und Fabeltieren bestehenden Springbrunnen übersehen, und von den Rosenbeeten herüber kam ein süßer, schwerer Duft.

Graf Dassel griff nach dem Hörer des Fernsprechapparates. „Ich will doch lieber mal Lohmeier anklingeln, damit er bei der Annemieze nachsieht, ob es mit dem Biß nichts auf sich hat — — —", und trotz Mariannens Protest rief er den Sanitätsrat an. „So", der alte Herr lehnte sich zurück und brannte die ausgegangene Zigarre wieder an, „nu' erzählen Sie mal, Redern, Sie müssen doch auf den vier Kriegsschauplätzen eine Unmenge erlebt haben!"

„Ja, das wohl, aber — Sie verzeihen, Herr Graf — ich spreche, offen gesagt, nicht gern darüber, man ist froh, wenn man hier in der Heimat Ruhe und Vergessen finden kann."

„Das kann ich verstehen," pflichtete Marianne bei, „und ich glaube, es muß erst einige Zeit vergehen, ehe man sich von all dem Grausigen, Furchtbaren freimachen und das Leben wieder heiter und unbefangen genießen kann; denn letzten Endes bleibt der Krieg doch immer eine vernunftwidrige Scheußlichkeit, ein Verbrechen an allem, was Menschenantlitz trägt."

Hasso nickte. „Da haben Sie mit wenigen Worten das erschöpfend ausgesprochen, was wohl ein jeder von denen, die längere Zeit an der Front waren, empfindet. Und deshalb bin ich auch oft froh darüber, daß ich mitunter vor Arbeit gar nicht weiß, wo mir eigentlich der Kopf steht."

„Hm," Graf Eberhardt strich mit der Hand über den von Silberfäden durchzogenen Bart, „wissen Sie, darum könnte ich Sie beneiden. Wenn man so tagaus, tagein im Rollstuhl sitzt und höchstens mal ein Stückchen im Wagen ausfahren darf, dann fällt man bloß sich und den anderen zur Last, dann ist man ein unnützes, altes Möbel und — weiß Gott — ich denke manchmal, 'ne Kugel vor den Kopf wäre noch das Vernünftigste."

„Väterchen!" sagte Marianne mahnend.

„Na ja, na ja, ich weiß ja schon, Mädel, Du bist auch noch da, sehr sogar, denn ohne Dich und die Sorge für Deine Zukunft hätte mein Leben überhaupt keinen Zweck und kein Ziel mehr."

„Wirklich?!" fragte Hasso. „Ich meine immer schon das bloße Dasein an sich, auch das von Not, Krankheit und Sorgen heimgesuchte, ist ein Glück. Man darf nur nicht zuviel an die eigenen kleinen und großen Kümmernisse denken, sondern muß sich stets sagen, daß es noch Tausende — Hunderttausende gibt, im Vergleich zu denen unser Los beneidenswert ist. Sie, Herr Graf, haben Ihre Tochter, von der Sie vorhin selbst sagten, daß sie Ihr Liebstes ist; Sie haben aber auch — des bin ich gewiß — Stunden, in denen Sie noch Freude am Leben empfinden, und vor allem besitzen Sie eins, was Ihnen niemand nehmen kann: Ihre Erinnerungen, und ich finde, auch ein vergangenes Glück bleibt ein Glück."

(Fortsetzung folgt.)

Die Entscheidung liegt bei Belgien.

In Londoner Kreisen ist man vielfach der Ansicht, daß augenblicklich Belgien den Schlüssel zum europäischen Schicksal in der Hand hält. Wenn Theunis eine neue Regierung zu dem, bisher allerdings noch unausgesprochenen, Zwecke bilde, das Ruhrabenteuer durch das Ausscheiden Belgiens zu beenden, dann ist es, wie der „Manchester Guardian" ausführt, mit der Ruhraktion, die Frankreich allein nicht durchführen kann, wirklich zuende. Wenn aber die neue belgische Regierung, was nach dem englischen Blatt nicht wahrscheinlich ist, die Ruhrbesetzung fortsetzen wolle, dann dürfte der Bruch zwischen England einerseits, Frankreich und Belgien andrerseits unvermeidlich sein. Die außerordentlich schweren Folgen eines solchen Schrittes dürften für die Verzögerung und die Überprüfung der französischen Antwort maßgebend sein.

Einigung der Flamenfrage.

Wie aus Brüssel gemeldet wird, scheint Theunis nunmehr eine Einheitsformel in der Flamenfrage gefunden zu haben, und zwar etwa folgende: Die Flamisierung der Universität Gent wird im Prinzip festgehalten, aber einzelne Fakultäten, wie die juristische, medizienische und philosophische, ebenso wie einige besondere Abteilungen, sollen verdoppelt werden. Indessen soll insgesamt die flamische Sprache den Vorzug haben. Einige Kurse, wie in Archäologie und Philologie, sollen nur in flamischer Sprache abgehalten werden. Was den Militärdienst anbetrifft, so wünscht Theunis 12, oder vielmehr 10 Monate mit zwei- oder viermonatigem Zuschlag während der Ruhrbesetzung, aber nicht während der Rheinlandbesetzung. Über die Haltung der belgischen Öffentlichkeit zur Ruhrbesetzung sind die Ansichten geteilt.

Die französisch-englischen Differenzen dauern fort.

Der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amts, Romuald Mac Neill, hielt eine Rede, in der er erklärte, daß die Ansicht der englischen Regierung über die Reparationsfrage sich nicht geändert habe. In bezug auf die Ruhrfrage erklärte er, daß Grund zu der Befürchtung vorliege, daß, wenn der augenblickliche Stand der Dinge länger andauere, hieraus für Deutschland ein vollkommener sozialer und wirtschaftlicher Ruin entstehen könne. Er meinte, daß die Meinungsverschiedenheiten über die Politik im Ruhrgebiet, die zwischen Frankreich und England bestanden hätten, noch immer andauerten. Mac Neill fügte hinzu, daß man zwar hinsichtlich Deutschlands selber der Möglichkeit eines vollkommenen Zusammenbruchs mit einer gewissen Gleichgültigkeit entgegensehen könne, (sehr „englisch", aber wenig „europäisch" gedacht. Man denke nur an das Schicksal der polnischen Valuta in einem solchen Falle. D. Schriftl.), aber man müsse bedenken, daß dieser Zusammenbruch auch jede Hoffnung auf Bezahlung der Alliierten zunichte machen müsse.

Die Vertreter der englischen Handelskammern,

die sich augenblicklich zum Studium des französischen Wirtschaftslebens in Paris aufhalten, haben nicht nur die Einzelheiten der Reparationsfrage besprochen, sondern auch die Frage, wie eine praktische Lösung der Ruhrangelegenheit ins Auge gefaßt werden könne.

Persönliche Zusammenkunft.

Seit mehr als einer Woche ist vielfach davon die Rede, besonders in der französischen Presse, daß man eine persönliche Zusammenkunft zwischen Baldwin und Poincaré plane. Diese Gerüchte werden immer wieder dementiert. Nach der „Pall Mall Gazette" ist es Poincaré, der zu einer persönlichen Besprechung neigt und am liebsten die ganze Sache mündlich erledigen möchte. Baldwin hingegen beharrt bei der Forderung einer schriftlichen Antwort und führt bis dahin die Verhandlungen durch das Auswärtige Amt und durch die Botschaft in Paris.

Verstärkung der englischen Luftflotte

Da die Machtfrage in den französisch-englischen Verhandlungen naturgemäß eine große Rolle spielt, so richtet sich die Aufmerksamkeit der Engländer besonders auf die Verstärkung ihrer Luftflotte gegenüber einem etwaigen englischen Flugzeugangriff. Man nimmt an, daß Baldwin in diesen Tagen eine Verstärkung der englischen Luftflotte ankündigen wird, die ihre Stärke der französischen annähern soll.

Über das Tangerproblem.

In London fanden auch Verhandlungen zwischen Lord Curzon, dem französischen und dem spanischen Botschafter über das Tangerproblem statt. Die Franzosen beanspruchen die Vorherrschaft in Tanger und begründen dies mit den französischen Zugeständnissen an England im Suezkanal; hierfür habe England Konzessionen in Tanger zu machen. Dieses Argument ist nach „Manchester Guardian" den Engländern genau so unverständlich wie im Vorjahre, wo auch schon erfolglos über diese Frage verhandelt wurde.

Ein neues englisches Riesen-U-Boot.

Geheimpolizisten der Londoner City haben in den Bureaus des „Daily Herald" das Original und die Kopien einer Photographie des neuen britischen Riesen-U-Bootes konfisziert.

Ein französischer General Botschafter in Washington?

Das „Journal" veröffentlicht eine Information, daß General Gouraud, der sich augenblicklich zu einer Propagandareise nach Amerika eingeschifft habe, zum neuen Botschafter Frankreichs in den Vereinigten Staaten ausersehen sei. An hiesiger zuständiger Stelle konnte irgendeine Ergänzung zu dieser Nachricht noch nicht erteilt werden. (Daß Frankreich so häufig Generale zu diplomatischen Sendungen benutzt und jetzt sogar den wichtigen Botschafterposten in Washington mit einem General besetzen will, ist der deutlichste Beweis für den französischen Militarismus, d. h. die unberechtigte Vorherrschaft des Militärs in der Politik. D. Schriftl.)

Die Gewaltherrschaft im Ruhrgebiet.

Rücksichtslose Verkehrssperre in Buer.

Nach den bisherigen Ergebnissen der Untersuchung über die Ereignisse in Buer liegen der Mordtat keinerlei politische Motive zugrunde. Die beiden Deutschen sind ohne Zweifel ohne Paßvisum der Einbrecher in das besetzte Gebiet zurückgekommen. Möglicherweise handelt es sich um Schmuggler. Sie wurden von der belgischen Patrouille gestellt, die ihnen die Personalausweise abverlangte und eine Leibesvisitation vornehmen wollte. Erst dann haben die beiden Deutschen auf die Belgier geschossen, um sich diesen Folgen zu entziehen. Von dem Deutschen, der auf der Flucht durch die Lippe schwamm, hat man noch nichts entdeckt. Man nimmt an, daß er ertrunken ist. Die deutsche Behörde arbeitet mit allem Eifer an der Aufklärung der Mordtat. Angesichts der von den Belgiern verhängten Verkehrssperre wird die Aufgabe der deutschen Polizei sehr erschwert. (Daß die deutschen Meldungen über die Vorfälle und die Täter widerspruchsvoll sein müssen, ist ganz klar, da die Franzosen, trotzdem es sich um eine angeblich „friedliche" Besetzung handelt, die deutschen Behörden und Beamten bei der Untersuchung vollkommen ausschalten, als ob es Angehörige eines Feindstaates wären. Die Schriftltg.) Stadtrat Scholossier, der bei dem belgischen Kommandanten vorsprach, um Beschwerde über die schweren Sanktionen, die über Buer verhängt worden sind, zu erheben, wurde von den Belgiern verhaftet. Die Verkehrssperre wird außerordentlich streng durchgeführt. Infolge der Unterbindung des Straßenbahnverkehrs ist die Milchzufuhr nicht nur für Buer, sondern auch für andere Orte, wie Gelsenkirchen, unterbunden. Die Stadt Buer wird für die Vorfälle verantwortlich gemacht, trotzdem der Tatort ziemlich weit von ihr entfernt liegt.

Neuer Zwischenfall in Marl.

In Marl, wo von dem belgischen Kommandanten der Fußgängerverkehr in den Ort und aus dem Ort heraus gesperrt ist, hat sich ein neuer Zwischenfall ereignet; bei einer Plänkelei zwischen deutschen Zivilisten und belgischer Besatzung soll ein belgischer Oberleutnant erschossen bzw. schwer verletzt worden sein.

Immer weitere Verjagung der Eisenbahner.

Die Franzosen haben nunmehr mit der **völligen Vertreibung aller Eisenbahner an der linksrheinischen Strecke** zwischen Bingen, Mainz und Oppenheim begonnen. Insgesamt kommen 6000 bis 7000 Eisenbahner in Frage. — Auf der Wormser Rheinbrücke werden die Möbelwagen, die den Hausrat der vertriebenen Eisenbahner aus dem besetzten Gebiet bringen sollen, von den Franzosen seit einigen Tagen angehalten. Die Möbel werden rücksichtslos auf die Straße geworfen und einer gründlichen Durchsuchung unterzogen. Alle verschließbaren Behälter, wie Schränke und Kommoden, werden, falls die Schlüssel nicht vorhanden sind, aufgebrochen und auf ihren Inhalt durchgeprüft.

Die Phönix-Werke besetzt.

Die Phönix-Werke bei Hörde sind von den Franzosen besetzt worden.

Schikanen, Mißhandlungen, Morde.

Die Verkehrssperre in Buer ist dahin gemildert worden, daß Aerzte, Geistliche und Hebammen nach 8 Uhr mit erhobenen Händen die Straße betreten dürfen, wenn sie einen Ausweis bei sich führen.

Aus Berlin wird gemeldet: Das deutsche Rote Kreuz erhielt von seinem Delegierten ein Telegramm, in dem es heißt: „In meiner Gegenwart lieferten Belgier in das Gefängnis in Sterkrade den furchtbar mißhandelten und gefesselten Kapitän zur See Hans Rose aus Essen mit schweren Kopfwunden ein. Ich habe Arzt und Anwälte bestellt. An dem Aufkommen des Kapitäns wird gezweifelt." Das Telegramm ist sofort an das Internationale Rote Kreuz weitergegangen mit dem Zusatz: Das Deutsche Rote Kreuz erhebt schärfsten Protest gegen diese unmenschlichen Brutalitäten und erbittet sofortiges Eingreifen.

Aus Buer wird gemeldet: Von belgischen Soldaten wurden erschossen der 19jährige Elektromonteur Wesemeier und der 23jährige Bernhard Tambrink, als sie vor 8 Uhr abends von einem Spaziergang zurückkehrten. Ein weiterer junger Mann wurde kurz nach 8 Uhr schwer verletzt, ebenso ein Bergmann Schubert. Weiter wurden in der Nacht zum 25. Juni der Bergmann Kommershaus durch einen Oberarmschuß und der Maurer Schlingleh durch einen Oberschenkelschuß schwer verletzt. Wie der „Tag" meldet, soll es sich bei einem der in Buer von den Belgiern Erschossenen um einen Schweizer Staatsangehörigen handeln.

Noch ein Deutscher ermordet.

Aus dem Ruhrgebiet wird gemeldet: Sonnabend morgen gegen 4 Uhr ist in der Nähe des Güterbahnhofs Frintrop der Arbeiter Hugo Schulz aus der Kohlenstraße von einem französischen Posten erschossen worden.

Enthüllung der Dortenschen Hochverräterei

Dorten betrügt seine Anhänger.

Das englische Wochenblatt „Observer" bringt einen vom 16. April 1923 datierten **Geheimbericht des französischen Oberkommissars im Rheinland, Tirard,** an seine Regierung, der sich mit den gemeinsamen Anstrengungen des französischen Oberkommissariats und des Führers der rheinischen Separatisten, Dr. Dorten, zur Lostrennung der Rheinlande beschäftigt.

Mit Unterstützung des Oberkommissars

habe Dorten seine Anhänger zusammenbekommen, seine Propaganda verbreiten und Zeitungen gründen können. Das Oberkommissariat habe jedoch offiziell seine Zusammenarbeit mit Dorten nicht zugeben dürfen, infolgedessen sei Dorten allmählich zu einem untergeordneten Agenten in französischem Solde herabgesunken. Seine Feinde im antipreußischen, aber durch und durch deutschen Rheinland hätten es verstanden, diese Tatsache als tödliche Waffe zur Beeinflussung der rheinischen Politik Frankreichs zu benutzen. Dorten habe versucht, Beziehungen zwischen Frankreich und den Industriellen des Rheinlandes herzustellen. In Wiesbaden habe er

das „gemischte Bureau"

und später den „rheinischen Verein" gegründet. Der Bericht erklärt: „Obgleich diese Versuche **äußerst energisch vom Oberkommissariat unterstützt** wurden, blieben sie fruchtlos." Ferner habe Dorten versucht, die rheinische separatistische Bewegung in

Verbindung mit den übrigen separatistischen Mittelpunkten in Deutschland

zu setzen; er sei in Verhandlungen mit Dr. Heim, dem „König der bayerischen Bauern" getreten. Er sei jedoch gezwungen worden, seine Pläne aufzugeben. Er sei dem Programm treu geblieben, das er allmählich für die

Schaffung eines autonomen Bundesstaates

innerhalb des Reiches ausgearbeitet hatte, aber, so fährt der französische Oberkommissar fort, „er verfolgte, wie er mir wiederholt sagte, den Zweck, das Unbehagen der Mehrheit seiner Anhänger zu beruhigen, die zwar **antipreußisch, aber deutsch,** eine verhüllte französische Annexion befürchteten. (Sonach hat Dorten also bisher seine Anhänger gröblich betrogen und ihnen sein enges Zusammenarbeiten mit den Franzosen verschwiegen. Daß ihm dies gelang, erweckt keine günstige Vorstellung von den Geistesfähigkeiten seiner Nachläufer, die typische Spießbürger mit Maulwurfshorizont zu sein scheinen. Die Schriftltg.) Nach Dortens Ansicht könne ein solches Erzeugnis nicht **Bestand haben und würde bald ersetzt werden durch einen unabhängigen Staat mit**

Anlehnung an Frankreich.

Der Bericht fährt fort, Dorten habe vor kurzem „**eine große Anstrengung im Ruhrgebiet gemacht**" und habe ein Sekretariat in Düsseldorf gegründet. Der Bericht befaßt sich darauf mit Dortens Aktionsmethode. Da Dorten empfunden habe, daß große Ausschüsse Indiskretionen begünstigten, berufe er nur die Häupter der Bezirke, **seinen vertraulichen Generalstab**" ein, durch den die Beschlüsse den unteren Rängen übermittelt würden. Dortens Arbeit beschränke sich auf **die ländliche Bevölkerung** und **den Mittelstand.** „Propaganda unter den **Arbeitern,**" so sagte Dorten, „könnte zu **sozialistischen Gegenoffensiven** führen." Der französische Oberkommissar erklärt weiter, im Laufe von Unterredungen, die er mit gewissen Vertrauensleuten Dortens gehabt habe, habe er sehen können, daß

Dorten als der einzige Führer

betrachtet werde, der in der Lage sei, die rheinische Bewegung zu einem „erfolgreichen Ziele" zu bringen. (Ein herrlicher Ruhm für einen solchen Schurken. Die Schriftltg.) Ende Januar 1923 habe das Oberkommissariat Dr. Dorten vorgeworfen, daß er nichts tue, um die separatistische Bewegung zu entwickeln, daß er wissentlich ihre Bedeutung übertreibe und die französischen Anstrengungen im Ruhrgebiet mit einem vollständigen Mangel an Aktivität im Rheinland erwidere. Der Verfasser des Berichts nimmt Dorten gegen diese Vorwürfe in Schutz und erklärt, viele Agenten Dortens hätten wirklich Energie gezeigt und hätten unter Führung Dortens „einige zweifellos interessante Ergebnisse" erzielt. Die Persönlichkeit jedoch, die sicher den größten Einfluß auf Dorten ausübte und mit der er immer in sehr engen Beziehungen blieb, war General Mangin. Dorten habe den General als den Mann angesehen, der als einziger fähig sei, „Frankreichs Geschicke am Rhein zu führen".

Der Bericht schließt, die

Gründung des Rheinlandstaates

werde natürlich nicht ohne Widerstand stattfinden. Die Arbeiter und die ehemaligen Kriegsteilnehmer, alle diese Elemente widersetzten sich dem Plan. — Andererseits verfüge Dorten über eine Organisation, „die für Frankreich nützlich sein wird". Schlimmstenfalls könne Dorten den Franzosen wertvolle Informationen liefern, sowohl bezüglich der Leute, als auch bezüglich ihrer Behandlungsweise. Es würde ein Fehler sein, sich seiner Hilfe zu berauben, besonders da Dorten sich selbst den Rückzug abgeschnitten habe, denn in Paris habe er seine Politik als in vollständiger Übereinstimmung mit Frankreich befindlich bezeichnet.

Der „Matin"

behauptet, daß der Bericht aus Notizen französischer Agenten zu bestehen scheint, und daß diese Notizen verändert und verlängert worden seien. Von Koblenz entsandt, seien sie wahrscheinlich erst durch deutsche Hände gegangen und auf dem Umwege über eine englische Behörde in die Redaktion des „Observer" gelangt. Jedenfalls wären sie in Paris nicht eingetroffen. (Die Hauptsache ist, daß selbst der „Matin" die Echtheit nicht glatt abzuleugnen wagt. Die Schriftltg.)

Im Anschluß daran bringt der „Matin" das selbstverständlich jeder Unterlage entbehrende Gerücht, daß die deutsche Regierung selbst einen besonderen, aus Rheinland und Ruhrgebiet bestehenden Bundesstaat gründen wolle und darüber in Verhandlungen stehe.

In Berlin

gilt das vom „Observer" veröffentlichte Dokument Tirards als vollkommen echt. Das Dokument bestätigt lediglich, was einsichtige deutsche Politiker schon seit langem gewußt und gesagt haben, daß es nämlich der französischen Politik gar nicht auf die Reparationen, sondern auf die dauernde Festsetzung im Rhein- und Ruhrgebiet ankomme. Auch die Einwendungen der französischen Blätter halten sich lediglich an Äußerlichkeiten. Es ist wirklich sehr gleichgültig, ob das Schriftstück von Tirard selbst entworfen oder geschrieben oder von ihm gebilligt ist. Die Hauptsache ist, **daß dort mit allen Einzelheiten angegeben wird, wie die französischen Vertreter im Rheinlande mit Dorten und dessen Leuten in ständigen Beziehungen stehen, wie sie diese Landesverräter ausnützen zur Erreichung der französischen Ziele.**

Franzosen erschießen Franzosen.

Am Bahnübergang bei der Station Börnig bei Herne wurde in der Nacht zum Sonnabend **ein französischer Kapitän und ein Feldwebel von einem französischen Posten erschossen.** Der Offizier, der sich in Begleitung des Feldwebels und eines französischen Ingenieurs befand, hat auf Anruf des Postens keine Antwort gegeben. Der Posten gab darauf gemäß seiner Instruktion Feuer. Schon durch den ersten Schuß wurde der Offizier auf der Stelle getötet. Der Feldwebel wurde schwer verletzt und ist am Sonnabend seinen Verletzungen erlegen.

(Das sind die Folgen der blinden Schießwut, die den französischen Soldaten durch einen Befehl Degouttes geradezu zur Pflicht gemacht wird. D. Schriftl.)

Intervention der deutschen Bischöfe für Georges.

T. U. meldet, daß die deutschen Bischöfe in einem gemeinsamen Schreiben den Papst gebeten haben, sich bei der französischen Regierung für die Nichtvollstreckung des gegen Georges gefällten Todesurteils einzusetzen.

Geplante Neubesetzung im Badischen?

Am Sonntag morgen trafen in Leopoldshafen französische Quartiermacher für 2 Offiziere, 4 Unteroffiziere und 60 Mann ein. Danach soll Leopoldshafen besetzt werden. Um die Mittagsstunde trafen die französischen Truppen ein. **Leopoldshafen liegt etwa eine Stunde von Karlsruhe.**

Kommunistische Unruhen in Paris.

Die Kabinettssitzung vom 23. d. Mts. beschloß u. a., gegen die von uns bereits gemeldete große kommunistische Kundgebung mit äußerster Gewalt vorzugehen. Auf Weisung des Kriegsministers und des Innenministers wurden die Demonstrationen verboten. Von 6 Uhr an wurde der gesamte Verkehr um den Opernplatz herumgeleitet. Die Kommunisten ließen sich von ihrem Vorgehen keineswegs abhalten, sondern versuchten, auf verschiedenen Wegen zum Opernplatz vorzudringen. In den benachbarten Straßen, Plätzen und öffentlichen Gebäuden waren sehr große Polizeiverstärkungen und ein starkes Aufgebot der republikanischen Garde und der Kavallerie, sämtlich mit Stahlhelmen, bereitgestellt und wurden kurz nach 7 Uhr teilweise eingesetzt. Die Läden am Opernplatz räumten ihre Auslagen und ließen die Jalousien herunter. Zahlreiche Vergnügungsstätten wurden sofort geschlossen. Die Versuche der nach Tausenden zählenden Kommunisten, sich auf dem Opernplatz zu versammeln, wurden rücksichtslos verhindert. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen.

Deutsches Reich.

** **Dynamitanschlag auf eine sozialdemokratische Zeitung.** Aus Münster wird gemeldet: In der Nacht zum Sonntag ist auf das Gebäude der sozialdemokratischen Zeitung „Der Volkswille" ein Dynamitanschlag verübt worden. Gegen 2 Uhr nachts vernahm man weithin die Detonationen, und in der Nähe der Unglücksstelle ertönten gellende Hilferufe. Die Setzmaschinen und die Druckerei sind fast völlig zerstört worden. Man glaubt, daß mindestens eine Person unter den Trümmern begraben worden ist. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

** **Ein politischer Mord,** der vor einiger Zeit in Mecklenburg verübt wurde, wurde erst jetzt aufgedeckt. In die Organisation Roßbach in Mecklenburg hatte sich ein gewisser Kadow als kommunistischer Spitzel eingeschlichen. Als dieses Doppelspiel entdeckt wurde, wurde der Verräter im Walde ermordet und die Leiche verscharrt. Vier von den am Mord Beteiligten wurden verhaftet.

** **Unruhen in Eisleben.** Bei einer Versammlung der Organisation „Stahlhelm" in Eisleben veranstalteten die Kommunisten eine Gegendemonstration und verletzten eine Anzahl von Mitgliedern der jugendlichen Gruppe des Stahlhelm. Hierauf machten die Stahlhelmleute einen Gegenangriff, bei dem ein Kommunist getötet und 10 mehr oder weniger schwer verletzt wurden. In Potsdam wurde als Gegendemonstration gegen eine Feierlichkeit zum Gedächtnis Rathenaus eine nationale Gegendemonstration veranstaltet zur Erinnerung an Schlageter. Im Anschluß daran kam es zu tätlichen Zusammenstößen.

** **Klara Zetkin †.** Die bekannte kommunistische Abgeordnete Klara Zetkin ist in Moskau, wo sie an den Beratungen der internationalen Exekutive teilnahm, gestorben.

** **Ueber eine halbe Million Erwerbslose.** Nach dem „Berliner Tageblatt" wirkt der Ruhreinbruch verschärfend auf die Erwerbslosigkeit. Die Statistik ergibt, daß gegenwärtig eine halbe Million Erwerbslose unterstützt werden. Besonders in den Nachbargegenden des besetzten Gebietes herrscht infolge der Absatz- und Rohstoffschwierigkeiten Arbeitslosigkeit.

** **Keine nachträglichen Rangerhöhungen mehr für Offiziere.** Nach Anordnung des Reichspräsidenten erhalten seit dem 1. Januar 1923 weder Offiziere noch Beamte der ehemaligen Wehrmacht nachträglich eine Charaktererhöhung oder eine andere Amtsbezeichnung. Anträge dieser Art sind deshalb zwecklos.

Gestern nacht 12 Uhr entschlief sanft nach langem schwerem Leiden unser einziger Sohn, mein liebes Brüderchen

Walter

im Alter von 17½ Jahren.

Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme an

Friedrich Nikolaiczik,
Auguste Nikolaiczik,
geb. Engling.
Friedel Nikolaiczik.

Rogożno den 26. Juni 1923.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 30. d. Mts., nachm. 5 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Nachruf!

Am 23. d. Mts. verstarb plötzlich und unerwartet unsere hochverehrte Chefin

Frau

Gertrud Schwarz.

Tief erschüttert über den schmerzlichen Verlust unserer gütigen Chefin, werden wir ihr Andenken stets in Ehren halten.

Das Personal der Firma Gebr. Schwarz

Poznań, den 26. Juni 1923.

Spielplan des Großen Theaters.

Mittwoch: den 27. 6., abends 7½ Uhr: „**Eugen Onegin**", Oper v. P. Tschaikowski.

Donnerstag, den 28. 6., abends 7½ Uhr: „**Die schöne Helene**", Komische Oper von Offenbach.

Billettvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Górski im Hotel Monopol, Ecke ul. Fredry u. Sew. Mielżyńskiego.

Suche für meinen Sohn

Pacht

von sogleich oder Juli 1924. Bedingung:

800 bis 1000 Morg. gut. Boden.

Gefl. Offert. u. **E. K. 7007** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Bestein geführtes

Putzgeschäft
(Salon)
in Stettin

mit 3-Zimmer-Wohnung (15 Jahre in ein. Hand) Bezuges wegen sofort **zu verkaufen.** Offert. u. T. 7757 an d. Geschäftsstelle d. Bl.

Stellenangebote

Dom. Klein-Münche, pow. Międzychód, sucht ab sofort einen unverheirateten

Hofverwalter.

Deutsche und polnische Spr. Bedingung. Vorstellung auf dem **Rentamt Klein-Münche.** (7806

Kontoristin,

welche deutsche Stenographie u. Schreibmaschine beherrscht und einige polnische Sprachkenntnisse besitzt, sofort gesucht. Meldungen u. **7815** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Zuverlässige Zeitungsausträger

werden zum **1. Juli 1923** eingestellt und können sich **sofort** melden in der Geschäftsstelle des **„Posener Tageblatts", Zwierzyniecka 6.**

Schreibkraft

unverheiratet, zuverlässig, beider Sprachen in Wort und Schrift mächtig, aufs Land **gesucht.** Offerten **unter D. C. 7784** an die Geschäftsst. d. Bl.

Suche für meine Landwirtschaft sofort eine evgl.

Wirtschafterin

zwecks späterer Heirat im Alter von 40—55 Jahren.

Gefl. Offerten u. **U. 7811** an die Geschäftsst. d. Bl.

Wirtin,

ältere evangel. Person zur **Führung** eines frauenlosen **Haushalts** (Landwirtschaft von 80 Morgen) **gesucht.**

Offerten unt. **7820** an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Junges Mädchen

aus achtbarer Familie möchte sich gern **im Haushalt auf einem Gute** vervollkommnen. (Vom 1. Juli d. J.) Beding. Familienanschluß. — Offert. unt. **M. 7785** an die Geschäftsstelle des Blattes erb.

Lehrling

möglichst mit einjähriger Berechtigung,

beider Landessprachen mächtig, stellen **sofort** ein.

Sander & Brathuhn, Poznań,

ul. Sew. Mielżyńskiego 23.

Zur **Unterstützung der erkrankten Hausfrau**

gebildete Hausdame

gesucht, welche mit allen Obliegenheiten zur Führung eines einfachen **Landhaushaltes** gründlich vertraut ist. Angabe von Gehaltsansprüchen und Zeugnissen erbeten unt. **7816** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.



Suche zum 1. 10. 23 oder früher, möglichst selbständige Stellung als **landwirtsch.**

Beamter.

Bin an intensiven Betrieb nach allen Richtungen gew., jetzige Stelle etwa 4000 Mrg., 8 J. selbst. tätig, gest. auf best. Zeugn. und Ref., bin evgl., verh., poln. Staatsb., 43 J. alt, beider Landesspr. in Wort und Schrift mächtig. Gefl. Off. u. **L. 7758** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Gärtnergehilfe,

24 Jahre alt, sucht Stellung in größerer Handelsgärtnerei, evtl. auch Gutsgärtnerei.

Gefl. Angebote u. **L. 7796** an die Geschäftsst. d. Bl.

Beamtentochter

möchte von sofort oder später den

Haushalt

auf dem Lande erlernen. Ohne gegenseitige Vergütung oder auch für Zahlung eines Lehrgeldes.

Offerten erbeten u. **B. R. 7791** an die Geschäftsst. d. Bl.

Tagungen des Hauptvereins der deutschen Bauernvereine.

I.

□ Posen, 27. Juni.

Die mit der Posener Landwirtschaftlichen Ausstellung usw. verbundenen Junitagungen des Hauptvereins der deutschen Bauernvereine wurden am gestrigen Dienstag mit nicht öffentlichen Sitzungen des Gesamtvorstandes und des Gesamtausschusses eingeleitet. Nachmittags 6 Uhr fand im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses ein

Vortragsabend

statt, auf dem der Zuchtdirektor bei der früheren Landwirtschaftskammer, der jetzigen Großpolnischen Landwirtschaftskammer, Dr. Stender einen sehr lehrreichen Vortrag über **„Die Entwicklung der Landestierzucht in Posen in den letzten 25 Jahren"** sprach.

Der Vorsitzende des Hauptvereins der deutschen Bauernvereine, Frhr. von Massenbach--Konin eröffnete den Vortragsabend, indem er darauf hinwies, daß der Vortragende Dr. Stender nach 23jähriger Tätigkeit in der ehemaligen Provinz Posen zum 1. Oktober nach Deutschland zurückkehrt, und ihm warme Worte des Dankes für seine der Landwirtschaft geleistete Arbeit widmete. Darauf nahm Dr. Stender das Wort zu seinem Vortrage, in dem er u. a. folgendes ausführte:

Er ging zunächst von der Tatsache aus, daß die Pferdezucht in der ehemaligen Provinz Posen vom Staate gefördert wurde. Die Rindviehzucht wurde vom Provinzialverein durch die Einrichtung von Bullenstationen und Viehprämiierungen gefördert. Im Jahre 1892 gab es hier drei Zuchtrichtungen: 1. die Simmenthaler Rasse, 2. Rotvieh und 3. das schwarzbunte Niederungsvieh. Das rote Vieh konnte mit dem schwarz-bunten Niederungsvieh in jeder Beziehung Schritt halten. Je weiter man nach dem Süden kommt, desto häufiger begegnet man in der bäuerlichen Viehzucht noch dem Rotvieh. Die Belieferung der Bullenstationen war eine schwierige Frage, denn die Produktion der Bullen in der Provinz war noch sehr gering. Deshalb erfolgte die Belieferung der Bullenstationen durch Import aus Oldenburg und Ostfriesland. Die Herdbuchauktionen eröffneten den Holländern den Weg nach Posen. Die pessimistischen Prophezeiungen, daß die Auktionen nicht ziehen würden, erwiesen sich als unrichtig. Hinzu kamen noch die bäuerlichen Herdbuchgesellschaften, so daß man schließlich 7—8 Herdbuchgesellschaften in der ehemaligen Provinz Posen hatte. 1909 erfolgte deren Zusammenlegung zu einer Herdbuchgesellschaft mit dem Zuchtziel des schwarzbunten Niederungsviehs. Der Kampf gegen die Tuberkulose wurde mit Boraxin unternommen, allerdings ohne Erfolg. Das andere, das Tauromanisationsverfahren schlief bald ein. Die offene Tuberkulose ist durch den Tierarzt nach und nach aus den Herden beseitigt worden. Die Milchkontrolle wurde 1905 eingeführt. Nach dem Kriege hat sich die Großpolnische Landwirtschaftskammer der Sache angenommen; sie wird in 12 Vereinen ausgeübt.

Der Vortragende ging dann weiter auf die Schweinezucht über, ausgehend vom Yorkshire-Schwein auf das veredelte Landschwein, das sich in Posen immer mehr ausgebreitet hat, dank der Einrichtung der Eberstationen. Hier und da begegnet man dem schwarzen Cornwalis-Schwein. Die Unterstützung der Schweinestammzüchter in der Art der Herdbuchzüchter wurde 1912 versucht. Eingeführt wurde die Prämiierung der Züchter. So lange das Geld noch Wert hatte, hatte man mit der Prämiierung gute Erfolge. Heute kann man damit nicht mehr Schritt halten, deshalb sollen Diplome verliehen werden.

Schließlich ging der Vortragende auf die Schafzucht ein. Als Wollschaf wurde das Merino-Tricotschaf gezüchtet. Neuerdings ist die sog. Melézucht eingeführt, die etwas zur Vergröberung der Wolle neigt.

Einige Bemerkungen über die Geflügelzucht bezüglich der Zuchtarten bildeten den Schluß der dreiviertelstündigen Ausführungen des Vortragenden, denen lebhafter Beifall gespendet wurde.

Der Vortragende beantwortete zum Schlusse noch mehrere aus der Versammlung an ihn gerichtete Anfragen. kb.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 27. Juni.

Mitnahme von Devisen über die Grenze verboten.

Die „Deutsche Ztg. für Pommerellen" in Dirschau berichtet unter dem 25. Juni:

„Eine besondere Überraschung wurde gestern und vorgestern den Reisenden bereitet, die mit deutscher Mark oder anderen fremden Geldsorten die Grenze nach Danzig überschreiten wollten. Seit Sonnabend mittag „soll" (eine nähere Auskunft war nicht zu erhalten) nach einer Verfügung des Finanzministeriums der Verkehr mit fremden Devisen über die Grenze verboten sein. Eine rechtzeitige öffentliche Bekanntmachung war nicht erfolgt. Die Folge war, daß auf dem Dirschauer Bahnhof einer großen Anzahl von Reisenden ihre Beträge in deutscher Mark, Dollars usw., die mitzunehmen bisher gestattet war, gegen Quittung abgenommen wurden. Merkwürdigerweise geschah das gleiche auch denjenigen, die nach Polen einreisten, auch einige Durchreisende, die nichts ahnend den Zug für die Zeit des Aufenthaltes verlassen hatten, mußten ihre Beträge an fremdem Geld dort lassen."

„Offenbar stellt diese Verfügung", so bemerkt das genannte Blatt, „eine Repressalie Polens gegen die neue deutsche Devisenverordnung dar, nach welcher bekanntlich die polnische Mark von den amtlichen Börsennotierungen ausgeschlossen ist. Vor allen Dingen aber wäre es wohl dringend erforderlich, daß die Öffentlichkeit über diese Vorgänge rechtzeitig und genügend aufgeklärt wird."

Von der Straße.

Man schreibt uns:

Posen birgt in seinen Mauern mehr reiche Leute, als der Dutzendmensch sich träumen läßt. Beweis: der heutige Tag in aller Herrgottsfrühe. Heute ist nämlich Wladyslaw, und jeder — sagen wir — zehnte Mensch führt diesen Vornamen. Ein solcher Namenstag muß natürlich entsprechend gefeiert und die Feier durch ein Morgenständchen eingeleitet werden. Was ich heute früh gesehen habe, ist fast unglaublich. Ich weiß nicht, ob alle Musiker Posens heute hingereicht haben, um die bestellten Ständchen ausführen zu können. „Mein" Viertel, d. h. Fischerei und angrenzende Straßen, zeichnete sich in dieser Beziehung ganz besonders aus. „Kapellen", bestehend aus 2 Geigen und Harfe, Klarinette und Baßgeige, Blas-Quartette usw. usw. ließen ihre lustigen Weisen an sehr, sehr vielen Stellen ertönen. Als ich diese Musik auf dem Wege zur Arbeitsstätte hörte, fiel mir der Refrain eines mal gehörten Gassenhauers ein: „Immer lustig, immer lustig mit dem Schnedderendeng, Immer wuptig, immer wuptig mit dem Zislameng". Das ist der Anfang des Tages, seinen weiteren Verlauf und den Schluß kann man sich leicht denken. Kosten? Kosten spielen keine Rolle: sie werden dem ersten besten „lieben Nächsten" draufgeschlagen. Beweis: am Montag mußte ich für einen Zentner Kohlen frei Haus 34 000 Mark zahlen, allerdings mit dem köstlichen Hinzufügen, „nächste Woche wird der Zentner 40 000 Mark kosten". Man sagt, daß der Mensch die größte Bestie auf Gottes weiter Welt sei, und vom heiligen Krispin wird erzählt, daß er Riemen aus dem Fell der Reichen schnitt, diese Riemen aber nicht für sich behielt, sondern sie den Armen schenkte. Diese Aussprüche passen durchaus nicht auf die Posener Bevölkerung; sie ist so lammfromm, daß sie sich jeder Vivisektion schweigend hingibt, und wenn sozusagen Riemen aus ihrem Fell vom lebendigen Leibe geschnitten werden, dann stöhnt sie vielleicht verstohlen, erträgt aber die größten Schmerzen. Anders die vom Schicksal bevorzugten „Operateure". Die leben im Sinne des vorerwähnten Gassenhauers und putzen ihre Weibchen, daß es eine Freude ist. Wenn man so eine Modepuppe einherstolzieren sieht, dann fragt man sich unwillkürlich, wieviel Millionen trägt diese holde Maid an sich? —s—

Bekämpfnug der Lungenseuche.

Die Pommerellische Landwirtschaftskammer gibt folgendes bekannt:

Die Lungenseuche beim Vieh ist in fast ganz Pommerellen vertreten, so zum Beispiel in Gorzno, Kreis Strasburg, in Krzywozin, Kreis Soldau, in Gut Bielawy bei Leibitsch, Kreis Thorn, und auch im Freistaat Danzig. Es wird auf die große, der ganzen Landwirtschaft drohende Gefahr hingewiesen, falls nicht genau die Verhütungsvorschriften gegen eine Verbreitung dieser Seuche befolgt werden. Die chemischen Mittel, welche von staatlicher Seite geliefert werden, sowie die strengen Verordnungen sind nicht hinreichend, falls nicht die gesamte Bevölkerung dem Staate hierin behilflich ist. — Zu diesem Zwecke darf kein Vieh aus Ortschaften, wo diese Seuche herrscht, bezogen werden, desgleichen auch keine Futtermittel usw. Falls Gutsarbeiter ihre Stellung wechseln, von Gütern, woselbst diese Seuche herrscht, dürfen sie nicht ihr Vieh mitnehmen, auch wenn es noch gesund ist, sondern müssen es an Ort und Stelle veräußern. Falls dennoch jemand ein Stück Vieh ausführt, ist dieses sofort zu melden und jegliche Berührung mit dem Vieh zu vermeiden, da auch die kleinste Berührung zur weiteren Verbreitung der Seuche beitragen kann. — Auch im Kreise Zempelburg ist diese Seuche vorhanden und aller Wahrscheinlichkeit nach durch kongreßpolnische Arbeiter eingeschleppt worden.

Verboten ist auch die Weitergabe bzw. der Verkauf von geschlachteten Rindern (behaftet mit dieser Seuche), ehe das Fleisch erkaltet ist, sowie das Verkaufen von Häuten, ehe diese trocken sind, es sei denn an eine Gerberei.

⁂ **Die längste Regenzeit seit 1848.** Nunmehr ist die längste Folge von Regentagen erreicht, die seit 1848, dem Beginn amtlicher Beobachtungen, im Mai und Juni zu verzeichnen war. Die bisher längste Regenzeit dauerte nur 18 Tage (Februar-März 1876 und Dezember 1880). Die nächstlängste Regenzeit umfaßte 16 Tage und trat im Juni 1916 ein; auch bei ihr war es trübe und recht kühl. Wenn auch erfahrungsgemäß in der ersten Junihälfte so gut wie alljährlich ein Kälterückfall eintritt, den man, weil die um diese Zeit geschorenen Schafe dann frieren, „Schafkälte" nennt, so lag die Temperatur sowohl diesmal wie 1916 noch unter dieser an sich normal tiefen. Dazu kam die fast ständige Wolkendecke und der demgemäß große Mangel an Sonnenschein, der bei den Menschen Unlust, trübe Stimmung und nervöse Reizbarkeit erzeugte. Diejenigen, die an den Einfluß des Mondes glauben, erinnert die „D. A. Z." noch daran, daß der Mondwechsel am 14. d. Mts. ohne jede Wirkung vorübergegangen ist. — Mit ganz besonders bangen Empfindungen haben

unsere Landwirte und auch so mancher Städter dem Anbruch des heutigen Mittwoch, dem sogenannten Siebenschläfertage, entgegengesehen, da bekanntlich ein Regen an diesem Tage uns eine weitere siebenwöchige Regenperiode in Aussicht stellt. Nun haben wir aber gerade heute den ersten wirklichen Sommertag in diesem Jahre nach einer wochenlangen Wetterfolge meist herbstlichen Charakters. Und dies war nicht nur in hiesiger Gegend, sondern auch in weiten Strichen Deutschlands der Fall. Wir sollen aber entschädigt werden, denn bei völliger Wolkenlosigkeit und einer milden Temperatur brennt die Sonne — hoffentlich nicht nur am Morgen — vom Himmel, wie es sich für die jetzige Zeit gehört. Heiteres, nicht zu warmes Wetter wäre vorläufig nach der langen Regenzeit am zuträglichsten, denn die Ähren müssen sich noch sehr auswachsen, wenn die Körnerernte nicht unter Mittel bleiben soll. Die Roggenhalme stehen oft 2 Meter hoch und werden einen gewaltigen Strohertrag ergeben.

⌗ **Vom Urlaub der Angestellten und Arbeiter.** Das Arbeitsministerium hat im Einvernehmen mit dem Ministerium für Industrie und Handel Ausführungsverordnungen zu dem im vorigen Jahre herausgegebenen Urlaubsgesetz für Privatangestellte bearbeitet, durch die eine ganze Reihe von Streitfragen entschieden werden, die zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern entstanden sind. Die Verordnung, die dieser Tage im „Monitor Polski" erscheint, regelt u. a. Urlaubsfragen der Angestellten in Saisonbetrieben, die Frage der geistigen Arbeiter, die Frage der Berechnung der Urlaubszeit, die Art der Entlohnung für die Urlaubszeit bei verschiedenen Arbeitskategorien usw. Von den wichtigeren Vorschriften der Verordnung möge hervorgehoben werden, daß als Grundlage für die Bestimmung des Urlaubsrechtes in bezug auf die Zeit das Kalenderjahr gilt, daß in die Urlaubszeit auch die Sonn- und Feiertage eingerechnet werden, daß vom kaufmännischen Personal, das beim Verkauf beschäftigt ist, nur diejenigen Anspruch auf den gesetzlich für geistige Arbeiter bestimmten Urlaub haben, die eine Berufs- oder Mittelschule absolviert und die vorgeschriebene Praxis beendet haben, daß die im Bergbau Beschäftigten, im Gegensatz zu anderen Berufszweigen, das Urlaubsrecht auch dann besitzen, wenn sie aus einem Betriebe in den anderen übertreten, sofern sie in demselben Kalenderjahre keinen Urlaub in dem vorigen Betriebe genossen haben — mit gewissen Vorbehalten bezüglich der Arbeitsunterbrechungen in dem einen oder dem anderen Betriebe.

⌗ **Die Reservistenübungen.** Nach einer Meldung des „Prz. Poranny" wird der Jahrgang 1895 in diesem Jahre nicht zu Reservistenübungen eingezogen werden.

⌗ **Der Hauptverein der deutschen Bauernvereine** teilt mit: Wegen Ausbleibens des Herrn Dr. Kulm-Kumeltitz fällt die Sitzung des Kreisbauernvereins Posen morgen, Donnerstag, aus. Es findet demnach nur vormittags 10 Uhr die Versammlung des Sonderausschusses „Arbeitgeberverband" des Hauptvereins der deutschen Bauernvereine statt.

✕ **Aufgehobenes Todesurteil.** Von der hiesigen 4. Strafkammer waren am 29. November v. Js. der 19jährige Maximilian Wenderski aus Wilda und dessen 17jähriger Bruder Richard wegen des am Ostersonnabend an dem 21jährigen Handlungsgehilfen Ignatz Pacziarek aus Samotschin verübten Raubmordes der erstere zum Tode, der zweite zu 7½ Jahren Gefängnis verurteilt worden. Auf die vom Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Glatzer eingelegte Revision ist das Todesurteil vom höchsten Gerichtshof in Warschau unterm 16. Mai d. Js. aus formellen Gründen aufgehoben und die Angelegenheit zur nochmaligen Verhandlung an die Strafkammer zurückverwiesen worden.

✕ **Diebstähle.** Gestohlen wurden: einem Droschkenkutscher am Wały Jagielły (fr. Karmeliter-Wall) eine Brieftasche mit 37000 Mk. und Ausweispapieren; vom Boden des Hauses Czartorja 6 (fr. Dammstr.) ein größerer Posten Wäsche im Werte von 700000 Mk.; ebenfalls vom Boden des Hauses ul. Grottgera 4 (fr. Liebigstr.) Damen- und Herrenwäsche im Werte von 1050000 Mk.; von der Gurtschinerstr. ein Fahrrad Marke „Dürrkopp", im Werte von 800000 Mk.

✕ **Aufklärung eines großen Einbruchdiebstahls.** Bei einer in der ul. Dąbrowskiego 46 (fr. Große Berlinerstr.) wohnhaften Herrschaft war während einer Reise ein großer Einbruchsdiebstahl verübt, und es waren, Kleidungs- und Wäschestücke im Werte von 20 Millionen Mk. gestohlen worden. Die Kriminalpolizei hat jetzt als Täter die beiden Arbeiter Piotr Dopierała und Stefan Zakrzewski ermittelt und festgenommen. Der Einbrecherbeute konnte ihnen restlos wieder abgenommen werden.

* **Birnbaum,** 26. Juni. Der letzte Landrat des früheren Kreises Birnbaum, Dr. von Rosvatt-Prittisch, begeht am 28. Juni mit seiner Frau Gemahlin das 25jährige Ehejubiläum. — **Am 25. d. Mts. beging in seinem neuen Wohnsitz Frankfurt a. O. der Justizrat Voß, der hier lange Jahre das Amt des Stadtverordnetenvorstehers bekleidete, seinen 70. Geburtstag.**

* **Bromberg,** 26. Juni. In der letzten Stadtverordnetensitzung kam es, wie wir einem Bericht der „Deutschen Rundschau" entnehmen, zu einer Besprechung der vom Vizepräsidenten Dr. Chmielarski dargelegten traurigen finanziellen Lage der Stadt. Alle Redner erklärten, daß bei der Einziehung der Steuern, und zwar ganz besonders der Umsatz- und Einkommensteuern sehr nachlässig verfahren wird. Es wurden Fälle angeführt, daß verschiedene Geschäftsinhaber noch bis zum heutigen Tage nicht davon in Kenntnis gesetzt wurden, in welcher Höhe sie ihre Umsatzsteuer für das Jahr 1920 zu entrichten haben, und daß die betreffenden Firmen sich schon selbst über die Säumigkeit seitens des Steueramtes bei den Stadtverordneten beschwert hätten. Während nun aber einerseits von den wohlhabenderen Bürgern die rückständigen Steuern für einige Jahre nicht eingezogen würden, gehe man andererseits gegen die wenig bemittelten Bürger, und zwar ganz besonders gegen die Arbeiterklasse, ganz rigoros vor, denn man verlange von diesen eine Vorschußzahlung bereits für das Steuerjahr 1923 und erhebe von ihnen bei der Zustellung des Steuerzettels sogar eine Exekutionsgebühr von 1000 Mark, wie dies erst neulich einem Stadtverordneten der NPR. selbst passiert sei. Bei dieser Gelegenheit wurde auch hervorgehoben, daß es in Zukunft angebracht wäre, bei der Einstellung von etatsmäßigen Beamten etwas mehr Vorsicht walten zu lassen, da diese, sobald sie etatsmäßig angestellt werden, in ihrer Arbeit nachlassen. Dies gelte ganz besonders für die Beamten der Steuerabteilung.

* **Lissa i. P.,** 26. Juni. Am Sonnabend fand am hiesigen deutschen Privatgymnasium die Reifeprüfung statt, und zwar am Vormittag die Prüfung für die humanistische Abteilung, am Nachmittag für die realgymnasiale Abteilung. Sämtliche 12 Abiturienten haben die Prüfung bestanden.

* **Krotoschin,** 26. Juni. Als Fahrraddieb ermittelt wurde hier ein 17jähriger Bursche aus Chwalczew, der nicht weniger als fünf Fahrräder gestohlen und unter dem Wert veräußert hatte. — Die „Krotosch. Ztg." berichtet: Bei einem hiesigen Fleischermeister brach nach reichlichem Genuß von Alkoholika eine schwere Erkrankung aus, die seine Überführung nach Posen notwendig machte. Das gutgehende Geschäft ist infolgedessen geschlossen worden.

* **Samotschin,** 25. Juni. Gestern beging das Wilhelm Krümmsche Ehepaar hier die goldene Hochzeit. K. war über 50 Jahre Besitzer einer 80 Morgen großen Wirtschaft in Klein Wissek, Kreis Wirsitz, und einige Jahre Dorfschulze und Mitglied des Gemeindekirchenrats der evangelischen Kirche zu Grabau. Er ist 82, die Ehefrau 73 Jahre alt.

* **Thorn,** 26. Juni. Eine aufregende Jagd nach einem entsprungenen Verbrecher (oder Deserteur) spielte sich Mittwoch nachmittag in Thorn-Mocker ab. Dort wurde ein Mann von zwei Soldaten, die vor und hinter ihm gingen, abgeführt. Plötzlich versetzte er dem vorderen Soldaten einen heftigen Fußtritt, so daß dieser zu Boden stürzte, dem nachfolgenden Soldaten schlug er heftig mit der Faust ins Gesicht, und er benutzte dann die Verwirrung, um die Flucht zu ergreifen. Die Soldaten verfolgten ihn, und nun ging eine wilde Hetze über Zäune, durch Gärten, Straßen usw. an. Den Verfolgern schlossen sich noch mehrere Leute an. Als der Entwichene sich zu sehr bedrängt fühlte, schoß er aus einem Revolver, ohne glücklicherweise jemand zu treffen. In der Nähe des Friedhofes an der Graudenzer Straße stellte sich ihm ein Schutzmann mit vorgehaltenem Revolver entgegen und zwang ihn zum Stehenbleiben, so daß seine Wiederverhaftung erfolgen konnte. Schwer gefesselt und unter der Begleitung von vier Soldaten wurde der Ergriffene dann abgeführt.

* **Tuchel,** 24. Juni. Der Wildstand ist in den Tucheler Waldungen, nach dem „Dz. Gd.", in den letzten Jahren sehr zurückgegangen. Früher sah man Rudel Rehe von 20—30 Stück. Der Krieg, die Wilddieberei und die Beunruhigung des Wildes durch das übermäßige Abholzen der Waldungen hat den Wildbestand sehr vermindert. Die Pachtung einer Jagd ist heute mit sehr großen Kosten verbunden. (Dieselbe Erscheinung bezüglich des Wildstandes haben wir im Posenschen. Die Feldrehe, die in Gegenden hoher landwirtschaftlicher Kultur in großen Rudeln vorhanden waren, sind fast ganz verschwunden, und zwar genau unter den gleichen Einflüssen wie in Pommerellen.)

* **Thorn,** 26. Juni. Am Freitag vergangener Woche verstarb plötzlich der katholische Pfarrer Schulz, der an einer Familienfeier in dem im Kreise Thorn gelegenen Wolfserbe teilnahm. Als Todesursache wird Herzschlag angenommen. Von einem Gewährsmann erhält nun aber die „Deutsche Rundschau" Nachricht, daß vermutlich ein Attentat auf den Geistlichen verübt worden wäre. Eine gerichtsärztliche Kommission hat sich bereits nach Wolfserbe hinausbegeben, um den Fall aufzuklären. — Auf dem Heimwege vom Bahnhof Thorn-Mocker nach Zlotterie wurde die Besitzerfrau Olkiewicz von zwei maskierten Männern überfallen und sämtlicher Pakete beraubt. Die Täter flüchteten darauf. Vor einiger Zeit wurde ein auf demselben Wege befindlicher Briefträger überfallen, dem jedoch die Verscheuchung der Räuber gelang.

Aus Ostdeutschland.

* **Schlichtingsheim,** 25. Juni. Der Rittergutsbesitzer Gilka-Bötzow in Schwusen hat sein hiesiges einstöckiges Haus der evangelischen Kirchengemeinde zum Geschenk gemacht. Letztere wird es zu Gemeindewohlfahrtszwecken herrichten lassen.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine Frau zum Tode verurteilt.

* **Brieg,** 25. Juni. Das hiesige Schwurgericht verurteilte die Frau des Maurermeisters Richter wegen Mordes zum Tode und den Buchhalter Pech wegen Beihilfe zu 12 Jahren Zuchthaus. Frau Richter, die mit dem Buchhalter Pech ein Liebesverhältnis unterhielt, hatte am 14. Februar ihren Ehemann, den sie unter Vorspiegelung eines Einbruchs in den Keller ihrer Villa gelockt hatte, hinterrücks erschossen.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

P. L. hier. Sie fragen: 1. Wann die polnischen Złoty in den Verkehr treten, ob dieses Jahr noch oder später? Antwort: Darüber ist bisher noch nichts bestimmt. 2. Fragen Sie, wann die polnische Mark aus dem Verkehr verschwindet. Antwort: Dieser Fall wird überhaupt nicht eintreten. 3. Wollen Sie wissen, was eine Reise durch Österreich nach der Schweiz kostet. Antwort: Diese Frage zu beantworten sind wir nicht in der Lage.

Gemeindevorsteherwahl. Die Mitglieder des alten Gemeindevorstandes haben, sofern sie polnische Staatsbürger sind, nicht nur das Recht, sondern unseres Erachtens auch die Pflicht, sich an der Wahl zu beteiligen.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Ostsiaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil: Dr. Martin Meister; für Handel und Wirtschaft: Robert Styra; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.

Deutsch-baltische Kulturarbeit.

Von Else Frobenius.

„Ob eine Menschengemeine, groß oder klein, vor dem Forum der Politik und der Geschichte das Recht hat, fortzubestehen, das entscheidet sich am allerentschiedensten gerade in solchen Zeiten, wo jeder gewohnte Schatz, jede herkömmliche Stütze versagt, und jedermann auf sich allein angewiesen ist und selbst für sich sein angeborenes Recht zu behaupten hat, das Recht, von welchem alle Kultur anhebt und auf welches alle Kultur hinausführt: das Recht, sein Gewissen nicht zwingen zu lassen und seinen Platz zu behaupten."

1869 hat Karl Schirren, Livlands bedeutendster Historiker, in seiner berühmten „Livländischen Antwort" an Herrn Juri Samarin obige Sätze geschrieben. Sie stehen wie eine Prophezeiung über der Entwicklung, die das baltische Deutschtum genommen hat. Sie spiegeln auch den Geist wider, in dem das kleine Häuflein baltischer Deutscher heute seinen Kulturkampf kämpft.

In Lettland leben 58 097 Deutsche unter 1 159 396 Letten, umgeben von Russen, Juden, Polen, lauter Minderheiten, die in der jungen Republik Latwija ihren Platz zu behaupten suchen. Welch zähe zielbewußte Kulturarbeit die Deutschen dabei leisten, ist in mustergültiger Weise dargestellt im „Kalender und Jahrbuch des deutschen Elterverbandes", der im Verlage Jonek und Poliewsky, Riga, erschienen ist. Jeder, der im Rahmen einer Minderheit für sein Volkstum arbeitet, sollte sich dadurch anregen und bereichern lassen.

Als die lettische Republik gegründet war, stellte man den Deutschen eine national-kulturelle Autonomie in Aussicht. Führende lettische Politiker sprachen sich dafür aus, und die deutschen Abgeordneten (es sind ihrer nur 6 in einem Landtage von 100 Köpfen) haben stets auf Erreichung dieses Zieles hingearbeitet. Bekanntlich hat es das radikale neue Parlament nicht für nötig erachtet, die früher gegebenen Versprechungen einzulösen, und die Deutschen Lettlands sind nach wie vor in ihrem Kulturkampf auf Selbsthilfe angewiesen. Kirche und Schule haben stets im Baltikum das deutsche Volkstum gestützt. Ein reges kirchliches Leben bildet noch heute die Grundlage der deutschen Volksgemeinschaft. Neben ihr steht die Schule. Man geht vom Grundsatz aus: „Kein deutsches Kind ohne deutsche Schule" und hat die ganze deutsche Gesellschaft zu planmäßigem Ausbau dieser Arbeit zu erfassen gesucht. Es gibt in Lettland 92 deutsche Anstalten, von denen 58 völlig auf Privatmittel angewiesen sind. Die deutsche Schule umfaßt zwei aufsteigende Kategorien, die Grundschule und die Mittelschule, auch Fachschulen sind neuerdings eingerichtet.

Der Träger des Schulwesens ist der Elternverband, der 25 Ortsgruppen gebildet hat, mehrere Schulhäuser besitzt und vom deutschen Hause, von der deutschen Familie aus die Kraft und Innigkeit in die Schularbeit zu tragen sucht, die die Grundlage der völkischen Selbsterhaltung sein muß. Eine tatkräftige bildungsfreudige Lehrerschaft steht dem Elternverbande zur Seite. Sie hat sich zum Lehrerverbande zusammengeschlossen, der im Oktober 1922 schon 14 Ortsgruppen und 985 Mitglieder zählte. Von ihm ist die Gründung einer Lesehalle in Riga ausgegangen; er hat eine Bücherzentrale für unbemittelte Schüler gegründet, veranstaltet Studienreisen und Lehrertage, an denen angesehene deutsche Pädagogen teilnehmen. Die Herder-Gesellschaft in Riga vereinigt das gesamte Deutschtum zu gemeinsamen Vorlesungen in volkshochschulartigen Kursen. Sie hatte im Herbst v. Js. 500 eingeschriebene Hörer. Jährlich veranstaltet sie Ferienhochschulkurse, zu denen deutsche Gelehrte eingeladen werden.

Ein erstaunlich reges geistiges Leben herrscht in dem Kreise der Deutschen Lettlands. Auch ein Teil der aus der Vorkriegszeit stammenden Gesellschaften und Vereine hat seine Arbeit wieder aufgenommen. Es gibt in Riga noch eine deutsche Gesellschaft praktischer Ärzte, eine Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde, einen Naturforscherverein, einen Verband deutscher Studierender. In Mitau und Libau bestehen noch deutsche Gesellschaften für Literatur und Kunst. Auch die „Caritas", die in den alten Hansastädten immer eine gastliche Freistatt hatte, wird in Ehren gehalten durch die deutsch-evangelische Notstandskommission, den Deutschen Frauenbund, die Fürsorgezentrale, die Jugendfürsorge der Inneren Mission, ein deutsches Krankenhaus, die kirchlichen Vereine u. a. Über sie alle wird in Einzelabschnitten des Buches ausführlich berichtet. Ein Abschnitt über die Lage des Deutschtums in Estland gliedert sich an und erzählt von der Arbeit des 1920 gegründeten Verbandes deutscher Wohltätigkeits- und Kulturvereine, dem 71 Vereine angegliedert sind. Ausführliche Tabellen geben einen Überblick über Arbeit und Ämter der Deutschen. Stimmungsvolle Verse, die zwischen die Aufsätze eingestreut sind, spiegeln den Kampfgeist des baltischen Deutschtums wider.

Viel Arbeit und Hingabe steckt in dem kleinen Buch. Es zeigt, wie man für sein Volkstum arbeiten soll. Sein Inhalt verlebendigt das Schlußwort der „Livländischen Antwort: „Feststehen wird unsere Aktion; ausharren, das soll die Summe unserer Politik sein."

„Schweinebriester" nicht „Schweinepriester".

Von Hermann Katsch.

Das Wort „Schweinepriester", das schon zu manchem Beleidigungsprozeß, auch einmal zum Verbot eines Theaterstückes, das diesen anmutigen Titel führte, Veranlassung geworden ist, hat mir von jeher den Eindruck bereitet, als ob irgend etwas daran nicht stimme. Der Deutsche liebt es ja sehr, zur Bekräftigung seiner Verachtung den Namen gerade des Tieres zu verwenden, ohne welches sein Leben der Hauptreize entbehren müßte und dessen Wertschätzung seit dem großen Schweineschlachten der Nationalökonomen während des Krieges und mit dem Steigen des Dollarkurses täglich immer noch zunimmt, nämlich des bekanntlich in allen seinen Bestandteilen so prachtvoll verwendbaren und deshalb beliebten Schweines. Im Süden heißt es freundnachbarlich „Saupreuß", „Sauschwab", „Saujud", im Norden „Schweinekerl", „Schweinehund", „Schweinepelz" usw. In dem Falle, daß ein bestimmter Mensch gemeint ist, kommt die Zusammensetzung der Vorsilbe Schwein oder Sau auch mit einer Berufsbezeichnung vor; es könnte mal von einem Saudoktor, einem Schweineschriftsteller usw. gesprochen werden. Aber niemals begegnet man einer Zusammensetzung des häßlich gemeinten Wortes mit einer Berufsbezeichnung als allgemein angewendetem Schimpfwort. Lediglich das Wort „Schuster" wird, aber nicht zur Beschimpfung, sondern mehr um einen Grad auszudrücken, mit einer Berufsbezeichnung zusammengesetzt; das kommt wohl daher, daß der „Flickschuster" eben ein sehr kümmerlicher Mann zu sein und dementsprechend etwa ein Hypothekenschuster eben nur kleine Geschäfte abzuschließen pflegt. Und noch erschwerend für die Unnatürlichkeit des Wortes Schweinepriester kommen zwei Gründe in Betracht, einmal ist das Wort Priester ein im Volksgebrauch fast gar nicht vorkommendes; im Süden sagt man „der Herr Pfarrer", „der geistliche Herr" usw., im Norden „Pastor" oder „Prediger". Zweitens ist es meiner Meinung nach ganz und gar undeutsch, die Bezeichnung eines allgemein hochgeachteten Berufes mit einem allgemein zu verwendenden Schimpfworte zu verbinden. Die Sache mußte einen Haken haben, und ich glaube zur Aufklärung und zur Ausmerzung des häßlichen Wortes Schweinepriester die nötigen Grundlagen beibringen zu können.

Nach dem Grimmschen großen Wörterbuche bedeutet „Briest" die Milch, die eine Kuh unmittelbar nach dem Kalben gibt; und „Briester" einen ebenso minderwertigen Käse, der daraus bereitet ist. Außer der Minderwertigkeit und Unappetitlichkeit dieser oft mit Blut untermischten Produkte, ist ihre Verwendung zur Nahrung von Menschen ein Zeichen schmutzigsten Geizes und eine Rücksichtslosigkeit gegen das neugeborene Kalb, das gerade auf die erste Muttermilch angewiesen ist. Ein Geizhals ist aber dem Deutschen immer der verächtlichste Mensch gewesen. Wenn wir nun das Wort Schweinepriester in der von mir vorgeschlagenen Schreibweise — Briester prüfen, so sehen wir, daß damit ein Käse bezeichnet ist, der aus der minderwertigen Milch, die eine Sau unmittelbar nach dem Werfen gibt, zubereitet ist, also ein Produkt von sehr geringem Wert und nicht besonders reizender Appetitlichkeit, das vielleicht einmal in einer verzweifelten Notlage auch Menschen zur Nahrung dienen könnte. Das Verwechseln von B und P ist ja im lieben Deutschland so im Norden wie im Süden überall festzustellen.

Wir wollen deshalb von jetzt an Schweinebriester sagen, wenn wir mit dem Namen dieses sehr minderwertigen und unappetitlichen landwirtschaftlichen Produktes einen minderwertigen, verächtlichen und nebenbei auch schmutzig geizigen Menschen bezeichnen wollen.

Und nun noch einen letzten Beweis für die Richtigkeit meiner Behauptungen: ein Freund, geborener Schlesier, teilt mir, als ich mit ihm die Sache besprach, mit, daß er sich aus seiner Jugend des Wortes „Kuhbriester" erinnere, daß er allerdings nie darüber nachgedacht habe, was damit gemeint gewesen sei. Der „Kuhbriester", so meine ich, schlägt den Schweinepriester für immer tot!

Die Ausweisungen.

Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, haben Verhandlungen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung dazu geführt, daß die Ausweisungen aus Polen, soweit sie noch nicht zur Durchführung gelangt sind, nicht vollstreckt zu werden brauchen.

An die Journalisten in aller Welt!

Wie die deutschen Blätter melden, nahm der Reichsverband der Deutschen Presse folgende

Entschließung

an:

Der Reichsverband der Deutschen Presse erhebt schärfsten Einspruch gegen die Fortdauer der Zustände, die durch den rechtswidrigen bewaffneten Eingriff der Franzosen in friedliche deutsche Gaue an Rhein und Ruhr geschaffen worden sind. Die Ausweisungen vieler Tausende von vaterlandstreuen Männern, die brutale Vertreibung Tausender schuldloser Frauen und Kinder von ihrer angeborenen Heimstätte, die Todesurteile, die Einkerkerung vieler Hunderte unter Verhöhnung jeder geordneten Rechtspflege, die Knechtung einer nach Millionen zählenden kulturell hochstehenden Bevölkerung zum Teil durch Kriegsvölker tieferstehender Rassen, die Unterdrückung jeglicher Freiheit durch autokratisch Verordnungen der Interalliierten Kommission und der Saarregierung, die Militärgewalt sind eines Volkes unwürdig, aus dessen Mitte vor mehr als 100 Jahren die Erklärung der Menschenrechte hervorging. Der Reichsverband der Deutschen Presse sendet einen herzlichen Gruß und eine warme Anerkennung der Presse im besetzten Gebiet. Unter herzlichster Teilnahme gedenkt er der tapferen Kollegen, die von einer fremden Gewalt in den Kerker geworfen oder ausgewiesen wurden, nur weil sie dem Vaterlande gedient und die Freiheit der Presse verteidigt hatten. **Der Reichsverband richtet die Aufmerksamkeit seiner Berufsgenossen in allen Ländern auf die beispiellose Versündigung an der Pressefreiheit, die an Rhein, Ruhr und Saar täglich begangen wird.**

Aus aller Welt.

Der französisch-österreichische Handelsvertrag wurde unterzeichnet.

Deutsch-französische Verbrüderung in Budapest. Auf dem internationalen Studentenkongreß in Bukarest hielt der französische Delegierte Moench eine Rede, in der er die Hoffnung aussprach, daß die Jugend zu Beseitigung aller Meinungsverschiedenheiten zwischen den Völkern, namentlich den am letzten Kriege beteiligten, beitragen möge. Der deutsche Delegierte Külmans erklärte, daß die deutsche Abordnung diese Ausführungen mit großer Freude gehört habe und in diesem Sinne arbeiten wolle. Darauf reichten die anwesenden deutschen und französischen Teilnehmer einander die Hände. Diese Szene machte auf alle Kongreßteilnehmer einen tiefen Eindruck.

Rumänien und die Tschechoslowakei. Gelegentlich der Übergabe der Ratifikationsurkunden betreffend die Verlängerung des tschechoslowakisch-rumänischen Allianzvertrages wurden zwischen dem Außenminister Duca und dem tschechoslowakischen Minister des Äußern Dr. Benesch Telegramme gewechselt, in denen die politische Bedeutung dieses Vertrages betont wird.

Eine Tangerkonferenz in London. Am 25. Juni begannen in London die Beratungen englisch-französisch-spanischer Sachverständiger über die Frage von Tanger in Marokko. Die Auffassung der drei Regierungen ist vollkommen verschieden. Spanien besitzt in der Verwaltung von Tanger einen dominierenden Einfluß und würde eine Erweiterung der internationalen Einflüsse nicht gern sehen. England ist hingegen für das internationale Regime, Frankreich wieder will dem Sultan von Marokko seine „Hoheitsrechte" sichern, weil er nämlich nichts als eine Puppe in Frankreichs Händen ist.

Prozeß gegen Bankdirektor Glückstadt in Kopenhagen. Dieser Tage begann vor dem Kopenhagener Landgericht die Verhandlung gegen den ehemaligen ersten Direktor der dänischen Landmandsbank, Emil Glückstadt, Aufsichtsratsmitglied einer langen Reihe von Aktiengesellschaften, Delegierter Dänemarks beim Völkerbund und Ritter hoher Orden. Erst die Notwendigkeit der dritten Rekonstruktion der Landmandsbank im Februar dieses Jahres, bei der Verluste von 232 Millionen Kronen festgestellt wurden, klärte die dänische Öffentlichkeit ganz über den ungeheuren Umfang dieser Bankkatastrophe und über die ganze Tragweite der Verfehlungen Glückstadts auf. Die Verhandlungen ergaben eine Fülle belastenden Materials. Man vermutet, daß der Prozeß drei bis vier Wochen dauern wird.

Amerika beschränkt die Einwanderung. Der Vorsitzende der amerikanischen Einwanderungskommission sagte, daß eine Aufhebung der gegenwärtigen Einwanderungsbeschränkung in absehbarer Zeit nicht eintreten würde. Die Einschränkungsmaßnahmen hätte die Einwanderung auf ein gesundes Maß zurückgeführt. Mit der unbeschränkten Einwanderung sei es für alle Zeit vorbei. Amerika wolle nicht länger das Asyl der Auswanderungslustigen der ganzen Welt sein.

Der Feldzug gegen den Alkohol in Amerika. In einer Rede erklärte Präsident Harding seinen festen Entschluß, den Feldzug gegen den Alkoholgenuß fortzusetzen. Wenn die Einzelstaaten die Regierung nicht unterstützen, so soll ohne Rücksicht auf die Kosten eine besondere staatliche Polizeibehörde gegen die Übertretung geschaffen werden.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Lodz, 21. Juni.** Kürzlich verhandelte das Militärgericht gegen den Militärarzt vom Reservebataillon des 31. Schützenregiments, Hermann Wurzelmann, der angeklagt war, seit Oktober 1919 in seiner Eigenschaft als Bataillonsarzt Medikamente aus dem Ambulatorium entwendet zu haben. Außerdem wurde ihm zur Last gelegt, daß sein Bursche ständig Milch, die für kranke Soldaten bestimmt war, vom Sanitätslager nach der Privatwohnung des Angeklagten getragen habe, ferner, daß Wurzelmann sich den Mantel eines kranken Soldaten aneignete, während er den Soldaten in zerrissenem Mantel nach seinem Truppenteil zurückschickte. Ferner wird in der Anklageschrift gegen Wurzelmann der Vorwurf erhoben, daß er, als seine Untergebenen Anzeige erstatteten, am 29. April 1920 ins Ausland geflohen sei, weil er wußte, daß nach ihm gefahndet wurde und er als Deserteur keinen Anspruch auf Amnestie hatte. Der Angeklagte bekannte sich nicht zu den ihm zur Last gelegten Diebstählen, und betreffs der Fahnenflucht erklärte er, daß er sich aus Furcht vor Strafe in Warschau aufgehalten habe, von wo er sich infolge seiner Zuckerkrankheit nach Zoppot begab. Das Gericht verurteilte ihn zu 3 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft und 6 Monaten Straferlaß durch die Amnestie, ferner zum Verlust des Arztediploms, Ausstoßung aus dem Heere und Verlust der Rechte.

Ein Opfer der Frauen und der — Schokolade. Das nachstehende Sittenbildchen wird aus Berlin berichtet: Da steht er hohlwangig und verschüchtert vor seinen Richtern, ein kaum 20jähriger schmächtiger Jüngling, mit flatterndem Blick, der an den Wänden der Strafkammer vergebens Halt sucht, beschuldigt einer Urkundenfälschung über 10 Millionen. „War das nicht ein lächerliches Risiko, das Sie eingingen? Und mußte die Geschichte nicht sehr schnell mit Verhaftung und dem heutigen Nachspiel enden?" So fragt mit väterlich mahnender Stimme der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Sachs von der ersten Strafkammer am Landgericht II. Ludewig schweigt zunächst. Und als man ihm vorhält, daß wohl besondere Gründe mitgespielt haben müssen, die ihn bewogen, die günstige Stellung im Bankhaus Helbig aufzugeben, räumt der junge Bursche schließlich ein: Er, der sonst seine Pflicht gern erfüllte, sei in der Hand von Frauen haltlos. Hatte ein Verhältnis, brauchte viel Geld für die „Dame" seiner Wahl. Außerdem eine starke Passion für — Schokolade. Auch das verschlang so manchen „Lappen". Die Tat beging L. folgendermaßen: Er sollte einen Scheck an die Handelskammer in Berlin über 2985 M. ausfüllen. Die Versuchung überfiel ihn, er ließ etwas Raum beim Ausfüllen und setzte dann flugs . . . 10 Millionen davor. „Das war gleich ein bißchen viel," meinte der Vorsitzende. Achselzuckend erwidert der jugendliche Sünder: „Ich habe nicht lange überlegt. Mir schoß plötzlich der Gedanke durch den Kopf, daß ich mir davon auch Anzüge und Mäntel kaufen könnte." Er fuhr dann über Jüterbog, Halle, wo er sich und einen Helfer neu einkleidete, nach Kottbus. Hier saß er in nobler Verpuppung in einem vornehmen Café, als ein freundlicher Herr an seinem Tische Platz nahm und um Feuer bat. Der fremde Herr aus Kottbus gab sich sehr bald als Kriminalkommissar zu erkennen und verließ den anderen nicht eher, bis er ihn — im Berliner Polizeipräsidium abgeliefert hatte. „Auf Ihrer Rundreise gondelten Sie wohl erster Klasse?" fragte der Vorsitzende noch. „Nein, zweiter," erklärte der Angeklagte mit Nachdruck. Direktor Sachs entgegnete lächelnd: „Na, das ist nach Lage der Dinge fast noch bescheiden zu nennen!" Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ortmann und Referendar Dr. Fischer geißelten als Ankläger in scharfen Worten die kaum noch zügelbare Genuß- und Großmannssucht der heutigen Jugend. Dem soeben übrigens erst wegen einer Haferverschiebung verurteilten jungen Burschen stehe als strafmildernd lediglich die Bekundung der Mutter zur Seite, daß er schon immer ein schwacher, leicht beeinflußbarer Mensch gewesen sei, auf den Frauen verhängnisvoll einwirken. Antrag: 1½ Jahre Gefängnis. Aber Ablehnung einer Bewährungsfrist. „Kehren Sie um," rief ihm wohlmeinend noch der Vorsitzende zu. „Der von Ihnen eingeschlagene Weg rollt ins Zuchthaus!" . . . .

Handel und Wirtschaft.

Handel.

Goldmark oder Papiermarkfakturierung im Großhandel? Der Verband der Kurzwarengroßhändler hat beschlossen, vom 1. Juli an nur noch in Goldmark zu fakturieren. Auf Anfrage wird hierzu dem „Deutschen Handelsdienst" vom Zentralverband des deutschen Großhandels mitgeteilt, daß dieser wie die überwiegende Mehrzahl der ihm angeschlossenen Verbände nach wie vor grundsätzlich an der Fakturierung in Papiermark festhält. Die Goldmarkfakturierung bildet eine Ausnahme von der Regel und kommt nur bei einigen kleineren Verbänden, deren Gebiet besonders stark vom Devisenmarkt abhängig sei, in Betracht. Es wird vor allem darauf hingewiesen, daß die großen und wichtigen Verbände des Tuchhandels und des Handels mit Baumwollwaren ihre Preise in Papiermark nach Inderziffern festsetzen, die wesentlich hinter den Devisenkursen zurückbleiben.

Die Zuckerproduktion in der Tschechoslowakei betrug Ende Mai 7 336 730 Zentner gegenüber 6 625 204 Zentner im Vorjahre. Die diesjährige Produktion ist die größte seit dem Bestehen der tschechischen Republik.

Scharfe Handelschikanen Belgiens gegen die Tschechoslowakei. Nachdem die im Mai zwischen Prag und Paris aufgenommenen Handelsvertragsverhandlungen neuerlich abgebrochen wurden, weil Frankreich der Tschechoslowakei als einem Staat mit angeblich sinkender Valuta nicht den Minimalzolltarif zugestehen wollte, hat Belgien für die wichtigsten Waren tschechoslowakischen Ursprungs den Zoll auf das zwei- bis dreifache erhöht, was der völligen Verhinderungen der tschechoslowakischen Einfuhr nach Belgien gleichkommt. Derart wird, was übrigens in der belgischen Verordnung hervorgehoben wird, die Tschechoslowakei wie ein feindlicher Staat behandelt. Die tschechische Ernüchterung ob solcher Beweise „assoziierter Freundschaft" ist begreiflich. Diesmal hat sogar die Regierungspresse den Mut zum energischen Protest gegen die feindselige Behandlung.

Rauchwarenauktionen in Petersburg sollen, wie bereits vor einigen Monaten angekündigt wurde, nunmehr tatsächlich von der Exportabteilung der Handelskammer des Nordwestgebiets eingerichtet werden. Sie sollen hauptsächlich der Ausfuhr dienen und zur Regulierung der Preise, die in letzter Zeit auf den russischen Märkten (z. B. der diesjährigen Irbiter Messe) zum Teil höher waren als auf der Leipziger und anderen westeuropäischen Messen.

Wirtschaft.

Der russische Holzexport. Das russische Außenhandelsamt (Wniesztorg) veröffentlicht nun die Liste der Trusts, die das Recht besitzen, selbständig als Holzexporteure im Auslande aufzutreten. Es handelt sich um folgende Trusts: Pietroljeß, Siewieroljes, Dwinoljes, Sapaboljes, Dalljes, Fourniertrust. Die Verteilung des Exports soll planmäßig geschehen, weshalb sämtliche Ausfuhrgesuche an das Holzexportbureau bei der Zentralwaldverwaltung zu richten sind. Von den Gesellschaften entwickelt namentlich der Pietroljes (Petersburger Holztrust) in diesem Jahre eine rege Tätigkeit. Von seinen 25 Sägewerken befinden sich jetzt 18 im Betrieb. Der Pietroljes hofft, in diesem Jahre 50 000 Standard Bretter und 24 000 Kubikfuß andere geschnittene Hölzer auszuführen. Für die Schneidesaison liegen 1 400 000 Stämme bereit. Für das kommende Jahr ist für den Export eine Produktion von 100 000 Standard Brettern vorgesehen. Es ist gelungen, feste Beziehungen zu ausländischen Firmen einzurichten, so daß die Holzausfuhr nach festen Abschlüssen erfolgen kann. Auch soll ausländisches Kapital zur Entwicklung des Trusts herangezogen werden. Der Vertreter des Pietroljes, Rudakow, der von einer längeren Auslandsreise nach Petersburg zurückgekehrt ist, hat Holzexportbureaus in Deutschland, Holland und England organisiert. Deutsche, holländische und englische Firmen, die mit dem Pietroljes Verträge über die Lieferung von Holz abgeschlossen haben, räumen dafür Rußland einen großen Kredit beim Einkauf von Waren im Auslande ein. In England ist bereits mit Hilfe dieser Kredite für die Petersburger Industrie Kohle eingekauft worden. — Die ukrainische Gesellschaft für Holzexport hat dieser Tage 35 000 Kubikfuß Kiefernholz nach Palästina verkauft. Die Gesellschaft trifft umfangreiche Vorbereitungen zu den Saisonverkäufen im Juli.

Die polnische Korbweidenproduktion brachte im Jahre 1922 einen Ertrag von 1 794 700 Doppelzentnern. Davon stammten 238 100 Doppelzentner aus Kongreßpolen, 6300 aus den Ostgebieten, 531 600 aus dem ehemals preußischen Gebiet, 1 028 700 aus Galizien. Über die Hälfte hiervon, nämlich 994 700 Doppelzentner, wurden in Privatbetrieben gewonnen, während die restlichen 800 000 Doppelzentner den Ertrag der Staatsbetriebe darstellen.

Schaumwein- und Streichholzsteuer. Die Abgabe von Schaumwein wurde von 10 000 auf 20 000 Mk. auf die ganze Flasche (auf 10 000 für die halbe, auf 5000 Mk. für die Viertelflasche) erhöht. Für Vorräte, welche 10 ganze Flaschen übersteigen, muß die Steuer nachgezahlt werden.

Ferner wurde die Steuer für Streichhölzer von 80 auf 120 Mk. auf die Schachtel erhöht. Der Nachzahlung unterliegen Vorräte von über 500 Schachteln. Zur Nachzahlung der vorhandenen Vorräte, soweit sie nachzahlungspflichtig sind, müssen innerhalb von drei Tagen in dreifacher Ausfertigung an das nächste Schatzinspektorat mitgeteilt werden. Nicht gemeldete Vorräte unterliegen der Konfiskation und hoher Geldstrafe.

Eine Petroleumquelle in Oberösterreich? In der Nähe des Bahnhofes Vöcklabruck ist, wie die „Innviertler Ztg." unterm 28. Mai berichtete, aus der Erde plötzlich Erdöl ausgetreten. Von Fachleuten untersucht, ergab sich, daß es sich um echtes Naphtha (Petroleum) handelt. Das Ausquellen des Erdöles wurde schon längere Zeit wahrgenommen. Eine gründliche Untersuchung an Ort und Stelle wurde angeordnet. Die Freischurfrechte im Ausquellgebiete gehören dem Lande Oberösterreich.

Danziger Mittagskurse vom 27. Juni.

Die polnische Mark in Danzig	140
Der Dollar in Danzig	160 000—161 000

Von den Aktiengesellschaften.

Bank Poznański T. A. in Posen gibt bekannt, daß die Generalversammlung der Aktionäre am 5. Juli 1923, nachmittags 4 Uhr, in den Räumen der Handelskammer, Aleje Marcinkowskiego Nr. 3, abgehalten werden wird.

Die Chorzower Stickstoffwerke A. G. Nach dem „Kurjer Polski" beabsichtigt man, die staatliche Fabrik in Chorzow in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln, in welcher neben Privatkapital auch Kapital der Regierung untergebracht sein wird. Es werden Verhandlungen mit schweizerischen und französischen Kapital gepflogen.

Apothekerwaren. Aus Warschau wird gemeldet: Die aus dem Ausland bezogenen Apothekerwaren haben eine bedeutende neue Preiserhöhung erfahren, darunter manche bis 110 Prozent. Infolge der Besserung des Markkurses haben die Apotheker jedoch beschlossen die Preise nur um 25 Prozent zu erhöhen.

Posener Viehmarkt vom 27. Juni 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. Rinder: Ochsen: I. Sorte 960 000—980 000 M., II. Sorte 860 000—880 000 M., III. Sorte 760 000—800 000 M. — **Kälber:** I. Sorte 780 000—800 000 M., II. Sorte 720 000—740 000 M., III. Sorte 650 000 M.

II. Schafe: I. Sorte: 780 000—800 000 M., II. Sorte 700 000 bis 720 000 M., III. Sorte 650 000 M.

III. Schweine: I. Sorte 1 240 000—1 260 000 M., II. Sorte 2 180 000—1 200 000 M., III. Sorte 1 080 000—1 100 000 M.

Der Auftrieb betrug: 35 Ochsen, 148 Bullen, 282 Kühe, 653 Kälber. 1151 Schweine. 180 Schafe. — Tendenz: lebhaft; Schweine nicht ausverkauft, gut gemästetes Vieh und Schweine über Notiz.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 27. Juni 1923.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	320 000—360 000	Hafer	175 000—185 000
Roggen	180 000—190 000	Weizenkleie	86 000
Braugerste	140 000—150 000	Roggenkleie	86 000
Weizenmehl 65% (inkl. Säcke)	490 000—520 000	Roggenstroh, lose	40 000— 46 000
		„ gepr.	54 000— 62 000
Roggenmehl 70% (inkl. Säcke)	280 000—300 000	Heu, lose	55 000— 60 000
		gepr.	67 000— 75 000

Sehr kleine Zufuhr bei starker Nachfrage. — Tendenz: abwartend.

Kurse der Posener Börse.

(Ohne Gewähr.)

Bankaktien:	27. Juni	26. Juni
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	9000—9500	10 000—8000
Bank Przemysłowców I. Em. o. K.	12 000—10 500 —11 000	11 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	26 000	24 000—26 000
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	12 000—13 000	14 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	3000—2900	3100—2900
Bank Młynarzy	1900	2000
Industrieaktien:		
R. Barcikowski I.—IV. Em. o. Bezr.	6000	5000—6000
Browar Krotoszyński I.—IV. Em.	55 000—53 000	52 000—53 000
Brzeski Auto I.—II. Em.	7500	7000—6500
H. Cegielski I.—IX.	7000—6500	7500—7000
Centrala Rolników I.—VI. Em.	4800—5000	5000—4800
Centrala Skór I.—IV. Em. (o. Bzr.)	—,—	11 000
Cukrownia Zduny I. Em.	180 000	150 000-180 000
Goplana I.—II. Em.	50 000	—,—
C. Hartwig I.—V. Em.	5000	5000-5500-5000
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. o. Bzr.	25 000	26 000—22 000 —24 000
Iskra	20 000	20 000—21 000
Juno I. Em.	8500	8500
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	270 000	—,—
Dr. Roman May I.—IV. Em.	110 000—97 000	110 000
Młyn Ziemiański I. Em.	16 000—16 500	16 000—17 000
Pneumatik	3000—2400	3500—3000
S. Pendowski I. Em.	12 000—11 500	10 000—11 000
Płótno I.—II. Em.	11 500—12 000	12 000—11 000 —11 500
Patria I.—VIII. Em.	9000	9500—9000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI.	50 000—49 000	50 000
Bracia Stabrowscy (Zapałki) I. Em.	8000—8500	8000
Spółka Stolarska I.—II. Em.	32 000—34 000	32 000
Tkanina I.—IV. Em.	9000	—,—
Tri I.—III. Em.	—,—	12 500
„Unja" (früher Bentzki) I. u. II. Em.	38 000—36 000	41 000—40 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em.	16 000—15 500	15 000
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em.	—,—	45 000
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em.) ohne Bezugsrecht	3500—3300	3500
Wyroby Ceramiczne I. Em.	35 000	35 000—32 000
Zjedn. Browar. Grodziskie I.—II. Em.	22 000—20 000	22 000

Warschauer Börse vom 26. Juni.

Devisen:

Belgien	5265	Paris	6155
Berlin	0.81	Prag	2985
Danzig	0.81	Schweiz	17 810
London	458 900	Wien	1.40
Neuyork	99 500		

Geschäftliche Mitteilungen.

Ein bemerkenswerter Vorfall hat kurz vor Eröffnung der Ausstellung stattgefunden: die Prüfungskommission der Ausstellung untersagte der bekannten Maschinenfabrik Nitsche i Ska. in Poznań die Ausstellung eines Dampf-Dreschsatzes der Firma „Lanz", deren Generalvertreter die erwähnte Fabrik ist, mit der Begründung, daß das Ausstellungsobjekt ausländischer Herkunft sei.

Wie uns die Firma Nitsche i Ska. mitteilt, ist der erwähnte Dampfdreschsatz neuester Konstruktion (Riesenmodell „Mammut"), bisher in Polen nicht gebaut worden. Es befremdet nur sehr, daß gerade Firmen, die ebenfalls Fabrikate anderer Auslandsfirmen ausstellen, darauf gedrungen haben, den erwähnten Dampf-Dreschsatz beseitigen zu lassen. Was die Herren zu diesem Vorgehen bewogen hat, muß dahingestellt bleiben.

ZWIĄZKOWA CENTRALA MASZYN TOW. AKC.

Wjazdowa 9 — POZNAN — Telephon 22-80

Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte inländischen Fabrikats sowie fremdländische Spezialitäten.

Größtes Ersatzteillager in Westpolen

Alleinverkauf für Woj. Poznań und G. Śląsk der Fabrikate

H. Cegielski Tow. Akc. ✦ Poznań

Alleinvertretung für Original „Alfa-Laval" Milchzentrifugen.

Vertretung für Original Krieselsche-Häckselmaschinen. Aussteller auf der „Wystawa Rolniczo-Przemysłowa", Eksponate gleich am Eingang.

Dächer jeder Art werden sachgemäß ausgeführt.
G. Benedix, Dachdeckermeister,
Aeltestes Spezialgeschäft am Platz.
Tel. 1837. Poznań, Towarowa 21a.

An unsere

Zeitschriften-Abonnenten.

Es ist im **Buchhandel** üblich und rechtsverbindlich, die **bestellten Zeitschriften** solange an die Bezieher zu senden, **bis Abbestellung** erfolgt. Wir werden daher die bisher **abonnierten Zeitschriften auch für das dritte Vierteljahr weiter liefern.**

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Abteilung: Versandbuchhandlung.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Leopold Goldenring
Weingrosshandlung
Gegründet 1845
Poznań, Stary Rynek 45
Breslau — Mád b. Tokaj
empfiehlt ihr grosses Lager in:
Ungar- u. Tokajerweinen,
Rhein-, Mosel-, Bordeaux-, Süd-Weinen, sowie
Cognac, Rum, Arrac
und **ff. Likören.**
[7762

---

128 Rfm Erlenrollen,
?,00 m lang, von 14 cm aufwärts, starke gute Ware,
60,00 cbm Birkenbohlen,
schöne breite Ware, trocken, 6, 7 und 8 cm stark,
hat abzugeben
A. Buschke, Dampfsägewerk Oborniki.

Da nächsten Freitag des gesetzl. **Feiertags wegen das „Posener Tageblatt" nicht erscheint,** bitten wir alle für diesen Tag bestimmten **Anzeigen** uns schon **Donnerstag vormittags** rechtzeitig einzusenden.
Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das **Postamt**
in ....

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Juli 1923

Name ....
Wohnort ....
Postanstalt ....
Straße ....

Neue Dampf-Pflüge

hat preiswert abzugeben. [718

Besichtigung zu jeder Zeit auf unserem Fabrikhofe.

Centrala Pługów Parowych T. z o. p.

Maschinenfabrik,
Poznań W 3, ul. Piotra Wawrzyniaka 28/30.
Telephon: 2121, 4152. Telegr.-Adr.: Centroplug.

Grösstes Automobil-Spezial-Unternehmen in Westpolen. — Gegr. 1894.

FIAT (Torino) und OPEL
AUTOMOBILE

in weltbekannt erstklassiger Ausführung empfiehlt zu niedrigst kalkulierten Preisen.

„BRZESKIAUTO" T. A., POZNAŃ, ul. Skarbowa Nr. 20.

Telephon 34-17. Ständiges Lager in Gelegenheitskäufen! Telephon 41-21.

Mitteilung!

Der beste Beweis für die **konkurrenzlose Vollkommenheit** der

Dampfdreschgarnituren

„LANZ"

[592

ist die Tatsache der Entfernung durch die Verifikations-Kommission der **Posener Landwirtschafts- u. Industrie-Ausstellung**

der Riesendampfdreschgarnitur „MAMUT",

Diese Garnitur ist jetzt ausgestellt auf dem Platze neben dem Bahnhofs-Hotel (ul. Głogowska — Glogauerstraße) in einer Entfernung von 50 Metern von unserem Ausstellungsstand.

NITSCHE i SP.

Maschinenfabrik in Poznan, sw. Marcin 33.

Generalvertreter der Firma **Lanz.**

Kaufe stets sämtliche getragene Garderobe, Wäsche, Schuhe usw.
Höchste Preise.
W. Schmidt,
Poznań, ul. Zamkowa 4, vis-à-vis dem Standesamt.

---

2 Frettchen
zu kaufen gesucht. Ang. mit Preisang. erb. **Forsth. Kantyla, Post Pokrzydowo, pow. Brodnica.** (7805

Drehrolle,
gut erhalten, mit automatischer Kippvorrichtung steht preiswert zum Verkauf.
Otto Krause, Boduszewo bei Mur.-Goslina.

Wohnungs-Tausch!
Tausche schöne Wohnung, 2 Zimmer, Küche, Bad und Zubehör, in **Berlin** gegen eine in **Poznań.** Näh. **Ciskowiak, Poznań, Strumykowa 37 II.** (7807

Landwirtstochter, 28 J., ev., brünett, gute Erscheinung u. kräftig, die sich bereits in der Landwirtschaft betätigt hat, sucht auf diesem Wege, am l. einen Besitzer, auch Witwer ohne Kind kennen zu lernen,

zw. Heirat.

Ernstgemeinte Anträge bitte ich unter Angabe der Verhältnisse vertrauensvoll unter **M. G. 7799** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. zu richten.

Sofort lieferbar:
Filchner,
Zum 6. Erdteil
Die zweite deutsche Südpolar-Expedition
m. zahlreichen Bildern, Skizzen und Karten, elegant gebunden,
60 000 M.
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Abtlg.: **Versandbuchhdlg.,**
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Junger Herr
mit akad. Bildung (Deutschpole) wünscht auf einem größeren Gute
Unterricht
in allen Fächern der **Mittelschule,** auch **Polnisch,** Erwachsenen oder Kindern zu erteilen. Off. u. **„Hellmut 7822** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Sofort lieferbar, antiquarisch gut erhalten:
Methode Toussaint-Langenscheidt
Polnisch.
mit Beilagen und Sachregister
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Abt. Versandbuchhandg.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Gold
Brillanten
Silber
Gelegenheitskäufe. Verkauf und Ankauf.
Chwiłkowski,
Poznań, św. Marcin 40.



Hersteller: Urbin-Werke, G. m. b. H. Danzig, am Troyl.
Vertreter: **M. Tita, Poznań, Grochowe Łąki 4.**